

15. Ausgabe
Januar/
Februar 1992
2,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

ARBEIT IM VERBORGENEN - STILLE HILFE

UNWISSEN ALS URWISSEN
VÖLKISCH-RELIGIÖSE BEWEGUNGEN

UMWELTSCHUTZ ZWISCHEN
KONSERVATISMUS UND NEOFASCHISMUS

Inhalt

Impressum
Der Rechte Rand
Postfach 1324 • 3000 Hannover 1
Postgiro Hannover
Nr.445586-301 • BLZ 250 100 30
Auflage: 2000
Druck: Eigendruck
Tel 0511/34 10 36
Satz und Layout: R.Simon & H. Philipp
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
HerausgeberInnen:
Stefan Berndt, Rainer Butenschön, Lisa Böhne, Winfried Holzinger, Alfred Klose, Jürgen Trittin, Dorothea Vogt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Editorial

Kaum vorstellbarer Terror richtet sich gegen Flüchtlinge, die in der BRD Schutz vor Verfolgung und in ihren Heimatländern suchen. Sadistische Neonazis überfallen AusländerInnen, bzw. deren Wohnheime und Einrichtungen. 47 Jahre nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus üben sich junge Deutsche wieder in menschenverachtenden KZ-Praktiken. Selbstverständlich völlig unorganisiert und spontan - wenn wir den Regierungsbehörden Glauben schenken wollen.
Militante Neonazi-Organisationen sehen das allerdings anders und versuchen, ihre Mitgliedschaft und Organisationsstrukturen auszubauen.. Mehrere berichte der vorliegenden Ausgabe des RR beschäftigen sich mit diesem Themenkomplex.

Während die gewalttätigen Aktionen der militanten Rechten noch das (nachlassende) Interesse der Öffentlichkeit finden, arbeieten andere, weniger aktionistische Gruppen relativ unbemerkt, aber dennocht recht erfolgreich. Michael Quelle berichtet über das Wirken der "Stillen Hilfe" und deren Kontakte sowohl zu Altnazisals auch zu aktiven Mitgliedern der CDU. Daß derartige Verbindungen Tradition haben, belegt Sönke Braasch mit seinem Nachruf auf den FDP-Politiker Ernst Achenbach. Herbert Wilhelm Roten-burg setzt in seinen Artikel zu den Wurzeln neuheidnischer Sekten fort.

Irritationen gab es bei einigen LeserInnen in Bezug auf das Editorial des letzten Rechten Randes. Dort hieß es, daß die Rechtsentwicklung "im rechten Rand unterbewertet und verharmlost wurde". Richtig hätte es heißen müssen: am rechten Rand.

Zwei Bitten an unsere LeserInnen und AutorInnen: Bitte teilt uns mit, wenn in Eurer Nähe oder von Euch organisiert, antifaschistische Konferenzen, Kundgebungen o.ä. stattfinden. Wir würden gern - soweit uns das möglich ist -um im Rechten Rand darüber zu berichten und natürlich auch, um für unser Zeitschriften-Projekt neue LeserInnen zu gewinnen. Falls eine Teilnahme von uns nicht gewährleistet werden kann, stellen wir gern ältere Ausgaben als Kennenlern-Exemplare zur Verfügung. Auch ein Kommissions-verkauf der aktuellen Ausgabe wäre möglich. Nehmt mit uns bitte bei Bedarf Kontakt über die Postfachadresse auf.

Zum zweiten haben wir (wieder einmal) gute Vorsätze für das Neue Jahr gefaßt. Wir wollen pünktlicher erscheinen. Das erleichtert der Redaktion und den Lay-outern ihre (ehrenamtliche) Arbeit.

Deshalb ist am 15. März definitiv Redaktions-schluß für die Ausgabe Nr. 16.
Die Auslieferung erfolgt spätestens am 15. April.

LeserInnenbriefe

Übel aufgestoßen

Das Titelblatt des Rechten Randes 14 ist mir wirklich übel aufgestoßen. Die Parole "Lieber ausländischer Mitbürger als 1 Nazi" ist mir peinlich, wenn ich die Zeitung als Handverkäufer weitervertreibe, ich halte sie überdies für politisch gefährlich.

Welcher Ansatz steckt dahinter, irgendetwas suchen zu wollen, was einer/m "lieber" ist, als ein Nazi? Klar ist mir so ziemlich alles lieber als ein oder mehrere Nazis, doch gerade das verschwimmt doch, wenn ich anfange Vergleiche zu konstruieren. So kriegen wir die Nazis nicht raus (also ihre Organisationen verboten, DrahtzieherInnen und MitläuferInnen bestraft und/oder isoliert), den Faschismus werden wir so nicht besiegen.

AntifaschistInnen begeben sich auf sehr wakkeligen Boden, wenn sie anfangen zu sagen: "Lieber AusländerInnen als...". Dann beginnen wir nämlich auf einmal mitzumachen bei dem Abwägen zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft. Man braucht nur ein kleines Stück weiterzudenken und ist voll auf dem Zug der Bevölkerungsmehrheit: "Lieber TürkInnen als PolInnen oder doch lieber umgekehrt?..."

Nein, solche Parolen können kein Ansatz für Internationalismus sein und somit auch nicht Teil (hoffentlich nicht nur meines) antifaschistischen Handelns.

L.M. Göttingen

Versand

Die Idee mit der Plastikversandtüte ist absolute Scheiße! Bitte verzichtet wieder darauf; nehmt doch ganz normale Papierumschläge.

Ansonsten wieder eine Klasse Ausgabe des RR. Schön, daß es Euch gibt!

K.H.V., Bonn

Redaktion: Wir werden zukünftig, sowie uns eine Postvertriebsnummer zugeteilt wird, ganz auf die Verpackung verzichten. Das ist sowohl aus ökologischen als auch aus finanziellen Gründen sinnvoll. Wer dennoch den RR im Briefumschlag zugesandt bekommen möchte, möge uns dieses mitteilen!

Michael Quelle

Arbeit im Verborgenen - Die NS-Hilfeorganisation "Stille Hilfe"

"**Frau Klug** weist darauf hin, daß wir uns gerade in der augenblicklich politisch so aufgeheizten Zeit unauffällig und still verhalten müssen. Wir sind eine soziale Tatgemeinschaft und dürfen nicht als Organisation auftreten, die gegen die Urteile angeht." (Protokoll der Mitgliederversammlung vom 26.4.1989)

Die "Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V." arbeitet seit nunmehr über vierzig Jahren nahezu im Verborgenen. Sie bezeichnet sich selber "...als eingetragener Verein, welcher in stiller tätiger Hilfe jenen Menschen hilft, die infolge des Krieges und der Nachkriegszeit ihre Freiheit verloren haben und in Not geraten sind."

In der "Stillen Hilfe" liefen bald nach ihrer Gründung viele Fäden für moralische und finanzielle Unterstützung inhaftierter Nazis zusammen. Ernst Klee schreibt über die Gründung: "Im Mittelpunkt der "Stillen Hilfe" steht **Prinzessin Helene von Isenburg**...Sie selbst hat sich gerne als "Mutter Elisabeth" bezeichnet. Die ehemals "politisch zuverlässige Heilpraktikerin" (Beurteilung durch NSDAP-Ortsgruppe) hat ihr Leben nach 1945 der Rehabilitierung und Unterstützung verurteilter NS-Täter gewidmet. "Mutter Elisabeth" und ihre Helfer haben bald nach Kriegsende eine beispiellose Kampagne zugunsten der von Alliierten abgeurteilten Kriegsverbrecher gestartet. Eine Kampagne, die unter der Flagge "Vergebung" eine ungeheuerliche Verharmlosung beinhaltet (aus Kriegsverbrechern werden als erstes "sogenannte Kriegsverbrecher")."

Die "Stille Hilfe" ist auch im Jahre 1992, über 41 Jahre nach ihrer Gründung, aktiv. Der folgende Artikel will einen Einblick in die derzeitige Arbeit dieser NS-Hilfsorganisation geben, die heute in der niedersächsischen Kreisstadt **Rotenburg/Wümme** ihren organisatorischen Schwerpunkt hat.

Die Arbeit der "Stillen Hilfe"

Die "Stille Hilfe" hat in der Vergangenheit ein Betreuungs- und Versorgungssystem für verurteilte und angeklagte NS-Kriegsverbrecher und ihren Angehörigen aufgebaut. Sie werden regelmäßig von sog. Betreuern besucht, die sich auch auf verschiedenen Ebenen für Hafterleichterungen, Haftverschonungen und Begnadigungen einsetzen. Die Betreuung wird z.T. auch nach Haftentlassung fortgesetzt und kann auch Angehörige und Hinterbliebene einschließen. Eine Betreuung erhalten angeklagte NS-Kriegsverbrecher auch schon vor und während der Prozesse. Bei den Gerichtsverhandlungen können sich Betreuer der "Stillen Hilfe" unter den Zuhörern befinden.

Als exemplarisch kann die Betreuung im **Majdanek-Prozeß** angesehen werden. Die "Frankfurter Rundschau" dazu am 20.11. 1981: "Im Majdanek-Prozeß kümmerten sich Damen und Herren der "Stillen Hilfe" rührend um die Angeklagten. Mittags brachte man den Untersuchungshäftlingen warmes Essen aus umliegenden Restaurants, jeden Monat gab es einen Scheck ins Gefängnis, zu Weihnachten Pakete und am Tag nach dem Tod eines Angeklagten legte man, dem Anlaß entsprechend, pietätvoll einen Strauß Chrysanthemen auf den freigewordenen Platz in der Anklagebank. Und in den Verhandlungspausen wurde großmütig ideologisches Gedankengut rechtsradikaler Coleur unter die Zuhörer gebracht, was bei manchen zu diesem Prozeß erschienenen ehemaligen KZ-Häftlingen Wut und Empörung auslöste." Die "Stille Hilfe" kann ihre Betreuten finanziell großzügig unterstützen. Das Gesamtjahreseinkommen belief sich allein im Jahre 1977 auf 131.156 DM und das Vereinsvermögen betrug 207.907 DM. Spenden kommen nach Angaben der "Stillen Hilfe" auch von Bundestagsabgeordneten, die die "Rundbriefe" erhalten. Diese "Rundbriefe für den Freundeskreis" erscheinen jährlich zweimal und berichten über die Tätigkeit der "Stillen Hilfe" und ihre Betreuten.



Gründerin der "Stillen Hilfe": Prinzessin Helene von Isenburg

Betreute der "Stillen Hilfe"

Die "Stille Hilfe" betreute im Jahre 1989 insgesamt noch 12 zu lebenslänglich, 4 zu Zeitstrafen verurteilte Personen und 8 laufende Verfahren, dazu erfolgt eine Nachbetreuung bei 42 Entlassenen und 26 Familienangehörigen. In den letzten beiden Jahren wurde systematisch zu den in der ehemaligen DDR wegen "Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit" verurteilten Personen Kontakt aufgebaut. Im "Rundbrief" der "Stillen Hilfe" heißt es hierzu: "Seit der Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland haben wir dort unseren Einsatz planmäßig erweitern können." Es entstanden in der Folge zu insgesamt 17 Personen (14 Männern und 3 Frauen) Verbindungen.

Zu den von der "Stillen Hilfe" Betreuten, die "auf unserer Seite in Wirren des zweiten Weltkrieges verwickelt waren" gehörten und gehören:

- **Ferdinand Hugo aus der Fünten**, SS-Hauptsturmführer und einer der Hauptverantwortlichen für die Deportation von mehr als 100 000 Juden aus den Niederlanden und **Franz Fischer**, einen für seinen Sadismus berüchtigten SS-Sturmbannführer. Beide befanden sich im niederländischen Breda bis kurz vor ihrem Tode im Jahre 1989 in Haft. Die "Rundbriefe" berichteten regelmäßig über die beiden und die "Stille Hilfe" war ihnen stets mit besonderer Anteilnahme verbunden. Beide hätten ihr "unmenschlich hartes Schicksal stets mit Würde getragen" sie hätten sich in den Haftjahren "diszipliniert und ehrenhaft als deutsche Soldaten Achtung verschafft.." und das Bewältigen das "ihnen auferlegte Schicksal" in "bewunderungswürdiger menschlicher Größe, Haltung und Disziplin". Franz Fischer ist dann nicht nur am 21.9.1989 verstorben, sondern wurde "aus fast 44-jähriger Kriegsgefangenenschaft abberufen zur großen Armee". Die von beiden begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit sucht der Leser vergeblich in den "Rundbriefen".

- **Klaus Barbie**, in Frankreich zu lebenslanger Haft verurteilt, tat dort nach dem "Rundbrief 2/91" lediglich "im Kriege seinen Dienst für die deutschen Besatzungsaufgaben". Barbie, der ehemalige Gestapochef von Lyon, hatte Juden zur Vernichtung deportieren lassen und französische Widerstandskämpfer gefoltert und ermordet. Die Tochter von Barbie wurde finanziell von der "Stillen Hilfe" unterstützt, um ihren Vater im französischen Gefängnis zu besuchen.

- **Joseph Schwammberger**, zur Zeit in Stuttgart vor Gericht stehend, hat seit seiner Verhaftung in Argentinien Kontakt zur "Stillen Hilfe". Schwammberger, zuletzt im Rang eines SS-Oberscharführers wird wegen Mordes in zwölf Fällen und Beihilfe zum Mord in 40 Fällen, in denen mindestens 3.374 Menschen jüdischer Herkunft getötet worden sein sollen, angeklagt. Die Anklageschrift stellt fest: "In allen Fällen handelte der Angeklagte aus Geringschätzung jüdischen oder sonstigen aus nationalsozialistischer Sicht sogenannten fremdvölkischen Lebens, in Aus-

nutzung des Rassenhasses anderer und in bedenken- und gewissenloser Ausnutzung seiner Stellung als Lagerleiter". Im "Rundbrief" wird regelmäßig über Schwammberger, "einen Greis, der bestimmt niemanden etwas antun würde", berichtet. Im "Rundbrief" 1/1991 ist u.a. folgendes zu lesen: "Briefe, die Herr Schwammberger uns im Februar und März dieses Jahres schrieb, geben Zeugnis von einer Gesinnung und Haltung, die uns große Hochachtung einflößt."

- **Viktor Arays**, SS-Sturmbannführer und Anführer eines berüchtigten lettischen Sonderkommandos, wird in einem "Rundbrief" als Lyriker vorgeführt. In seinem Gedicht "In der Einsamkeit" textet ausgerechnet er von "heutiger geistloser Zeit", die nur "Angst und Unheil" anrichte. Arays wurde 1979 wegen gemeinschaftlichen Mordes an 13.000 Menschen zu lebenslanger Haft verurteilt. Das "Jagdkommando" Viktor Arays, das fast ausschließlich aus Letten bestand, ermordetet gnadenlos jeden Juden, dessen es auf seinen Streifzügen durch Lettland und bis nach Belorußland hinein habhaft wurde.

- **Martin Sommer**, SS-Hauptscharführer, wird anläßlich seines Todes im Jahre 1988 in einem "Rundbrief" gedacht: "Er trug das Verwundetenabzeichen in Gold... In jedem anderen Land hätte man dem Träger eines solchen Abzeichen unter den gegebenen Umständen sicher die Freiheit geschenkt." Martin Sommer, der "Henker von Buchenwald", hatte unzählige Menschen sadistisch gefoltert und ermordet. Der Schriftsteller Eugen Kogon dazu in seinem Buch "Der SS-Staat": "Man kann ihn nur eine Bestie in Menschengestalt nennen." "Er quälte und tötete entweder bei Gelegenheit von Verhören,...oder zur "Strafe" oder aus Lust. Es dürfte wenig denkbare Methoden gegeben haben, die er nicht zur Anwendung gebracht hätte." "Manche Martern die Sommer verhängte, waren nichts als Ausgeburten des Sadismus."



- **Walter Reder**, Sturmbannführer der Waffen-SS und verantwortlich für das Massaker im italienischen Marzobotto, erhielt anläßlich seiner Haftentlassung 500 DM von der "Stillen Hilfe". Er wurde auch weiterhin "schriftlich" betreut und "erhält nur zum Geburtstag eine kleine Aufmerksamkeit." Die "Stille Hilfe" schickt zur Beerdigung von Reder am 8. Mai 1991 einen Kranz und berichtet im "Rundbrief" aus Anlaß seines Todes: "in Ehrfurcht von einem lauteren und tapferen Menschen Abschied nehmend, der sein Schicksal in aufrechter und nie von Haß erfüllter Haltung trug und stets sich selber, seiner Heimat und seinen Kameraden treu blieb: Uns allen ein leuchtendes Vorbild."

- **Rudolf Heß** fand immer eine besondere Beachtung in den "Rundbriefen". Da wird der ehemalige Stellvertreter des Führers als "Gefangener des Friedens" bezeichnet und da wird "ehrfürchtig des "Einsamen in Spandau" " gedacht.

Die Betreuung von Schwammberger in Argentinien zeigte schon, daß die "Stille Hilfe" auch international Hilfe gibt, und auch heute noch über weitreichende Verbindungen verfügen muß. Eine nachweisbare finanzielle Unterstützung erhielt auch der in Israel verurteilte NS-Kriegsverbrecher **Demjanjuk**. Die Hilfe wurde in diesem Fall über seinen in Kanada lebenden Sohn geleistet.

"Stille Hilfe" in der Reihe der Geschichtsrevisionisten

Der Geschichtsrevisionismus ist eines der wichtigen Anliegen der "Stillen Hilfe". Da heißt es in den "Rundbriefen": "Unser Hilfswerk bemüht sich auch darum, die geschichtlichen Hintergründe aufzuhellen, welche für das Leben jedes einzelnen unserer Betreuten so einschneidende Bedeutung haben." Ein späterer "Rundbrief" verbreitet dann unter der Überschrift "Auschwitz": "Leider kann über die entstandene Auschwitzfrage immer noch nicht sachlich diskutiert werden.

Stille Hilfe

für Kriegsgefangene und Internierte e.V.

Dennoch ist auch hier manches in Fluß geraten... Über mögliche und nicht mögliche Tötungstechniken wurde von Fachleuten Gutachten erstellt, die unter den dortigen Verhältnissen Massentötungen so großer Zahl nicht für durchführbar erachten... Wir verfolgen dieses Thema mit besonderer Anteilnahme, weil es auch den Bereich unserer Hilfsbemühungen nicht unberührt läßt." Die "Stille Hilfe" versucht in ihrer Argumentation ständig die Singularität der deutschen Verbrechen zu leugnen und benennt nie die Taten, für die ihre Betreuten verurteilt wurden. Der deutsche Bundespräsident muß sich von der "Stillen Hilfe" vorwerfen lassen: "Auf seinen zahlreichen Auslandsbesuchen wird auch unser Bundespräsident nicht müde, die deutsche Verbrechens- und Kriegsschuld festzuschreiben." Die Schuldigen an dieser Situation sind dann auch schnell gefunden, es ist das "totale Diktat der Sieger", die "Deutschland einfach die Alleinschuld am Krieg und an seinen Folgen" zuschoben.

Rotenburg/Wümme - Zentrum der "Stillen Hilfe"

Die Geschäftsstelle der "Stillen Hilfe" befindet sich seit einigen Jahren in Rotenburg/Wümme und die NS-Hilfsorganisation ist beim Rotenburger Amtsgericht im Vereinsregister eingetragen. Die amtierende Vorsitzende, **Adelheid Klug**, hat ihren Wohnsitz in Rotenburg/Wümme. A. Klug ist nach eigenem Bekunden seit Anfang an im Verein aktiv und gehörte dem Vorstand schon im Jahre 1960 als zweite stellvertretende Vorsitzende an. Sie tritt politisch in der Öffentlichkeit nicht in Erscheinung, verfügt aber nach eigenen Angaben über gute Kontakte im neofaschistischen Milieu. A. Klug trat der NSDAP am 1. Mai 1937 bei, außerdem war oder ist sie noch Mitglied der GFP (Gesellschaft für freie Publizistik). In der Mitgliederzeitung der "GfP" ("Das Freie Forum") 2/1979 stand aus Anlaß ihres "65. Wiegenfestes": "Sie ist schon weit über ein Dutzend Jahre Mitglied unserer Gesellschaft. Ihre besondere Anteilnahme gilt Sozialfragen, vor allem auch den Kriegsverurteilten." Die "GfP" führte zumindest 1986 gemeinsam mit der "Deutschen Kulturgemeinschaft" die "Norddeutschen Kulturtage" in einer Gaststätte in Rotenburg-Mulmshorn durch. Die "Stille Hilfe" kann in Rotenburg/Wümme noch auf weitere aktive Mitglieder zurückgreifen, obwohl in den letzten Jahren einige "Aktivisten" verstorben sind. Aktiv für die "Stille Hilfe" in Rotenburg waren oder sind:

- Der ehemalige Versicherungskaufmann **Gustav Wordelmann**. Wordelmann, Schatzmeister von 1985 bis zu seinem Rücktritt im Jahre 1987, gehört dem Rotenburger Schützenkorps als "Ehrenoberjäger" an. Er kandidierte bei den Kommunalwahlen 1986 und 1991 für die WfB (Wählergemeinschaft freier Bürger) zum Rotenburger Stadtrat. Die WfB wurde bei der Stadtratswahl 1986 in Rotenburg von Adelheid Klug und **Ernst-Otto Cohrs** (WSL) unterstützt.

- Das CDU-Mitglied **Hans-August Bülck** erledigt Büroarbeiten für die "Stille Hilfe". Bülck war Berufssoldat bei der Bundeswehr.

- Der Vorsitzende bei der "Landsmannschaft Ostpreußen" **Werner Wischnowski** ist ebenfalls für die "Stille Hilfe" aktiv.

- Das im Jahr 1984 verstorbene NPD-Mitglied **Magdalene Bellmann** (Text in der Todesanzeige: "So fest wie eine Eiche stand sie stets ihren Mann...") war u.a. Betreuerin der im niederländischen Breda einsitzenden Kriegsverbrecher.

- Der im Jahr 1989 verstorbene **Günter Woller** war für die "Stille Hilfe" viele Jahre im "treuen Einsatz". Woller war SS-Sturmbannführer (SS-Nr. 46903) und ein Führer beim SD und im RSHA ("Reichssicherungshauptamt"). Die Liste der in Rotenburg in Vergangenheit und Gegenwart aktiven Mitglieder ließe sich noch fortführen, ihnen allen ist aber gemein, daß sie als Mitglieder der "Stillen Hilfe" in Rotenburg nicht in Erscheinung treten. Die Mitgliederzahl hat sich insgesamt in den letzten Jahren stark vermindert, ein Indiz dafür, daß der Verein veraltet ist. Sie wird zur Zeit noch mit 80 angegeben, von denen allerdings, nach eigenen Angaben, ein großer Teil als Betreuer tätig ist.

Rotenburger Stadtdirektor berät "Stille Hilfe"

Der Rotenburger Stadtdirektor **Ernst Ulrich Pfeifer** (CDU) hatte, wie er zugab, Kontakt mit der "Stillen Hilfe". "Er habe im letzten Jahr (1989)" so Pfeifers Darstellung "zu einem rechtlichen Problem die Stille Hilfe

beraten. Er habe seine Rechtsauffassung geäußert. Dabei habe es sich um ein persönliches Gespräch gehandelt." In einem Protokoll der "Stillen Hilfe" wird über dieses Gespräch berichtet, daß der Stadtdirektor die "Stille Hilfe" und ihre Vorsitzende aufgefordert habe, daß in den Rotenburger Zeitungen, in denen die "Stille Hilfe" und ihre Vorsitzende angegriffen worden war, Richtigstellungen gebracht werden sollten. Die "Stille Hilfe" wollte dies aber nicht, da alles nur hochgespielt würde. In dem Gespräch ging es bei den "Rotenburger Zeitungen" allem Anschein nach allein um das "Wümme-Echo", der damaligen Stadtzeitung der Rotenburger DKP, das im Februar 1989 über die "Stille Hilfe" und ihre Rotenburger Mitarbeiter informiert hatte. Pfeifer hat sich jetzt für zwei Monate an das Innenministerium in Magdeburg "abordnen" lassen. Er soll in Sachsen-Anhalt, wenn sein Vertrag perfekt wird, eine Leitungsstelle im Range eines Ministerialrats bekommen.

"Stille Hilfe" zieht Bilanz

Die "Stille Hilfe" zieht im vorletzten "Rundbrief" Bilanz über ihre bisherige Arbeit: "In der nunmehr 40jährigen Stille-Hilfe-Tätigkeit waren wir Teilnehmer vielen Leidens, das unseren Betreuten durch die wirren Zeitereignisse zugefügt wurde und noch immer zugefügt wird. Unseren Berichten konnten die Leser der Rundbriefe über Jahrzehnte auch entnehmen, wieviel Trost und Freude unseren Betreuten mit der Hilfestellung und menschlichen Verbindung gespendet wurde." Gleichzeitig muß aber auch eingestanden werden: "Es konnte aber auch auf Erschwernisse hingewiesen werden, die durch Anfeindungen und Verunglimpfungen seitens politischer Gruppen entstanden, welche von einer fremdartigen Gesinnung getragen werden."

Schlußbemerkung

Der Journalist Jürgen Pomorin stellte bereits am 1. Mai 1981 in einem Interview mit der "Tat" fest: Ich hoffe daß wir durch unsere Veröffentlichung dazu beitragen, daß man nicht nur bei staatlichen Organen, sondern auch in der Öffentlichkeit erkennt, daß es sich bei den angeklagten und inhaftierten Nazi-Verbrechern nicht um bedauernswerte, geläuterte Personen handelt, sondern in der Regel um unverbesserliche Nazis, die von einer finanzkräftigen Organisation gestützt werden. Diese Organisationen fürchten nichts so sehr wie die Öffentlichkeit und engagiertes antifaschistisches Auftreten."

Literaturhinweise:

Ernst Klee: "Was sie taten - Was sie wurden" (Fischer TB 4364)

ders. : "Persilscheine und flasche Pässe" (Fischer TB 10956)

Pomorin/Junge/Biemann: "Geheime Kanäle - der Nazi-Mafia auf der Spur" (Weltkreisverlag, Dortmund 1981)

Andrea Ernst: "Die Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V." unkorrigiertes und unveröffentlichtes Manuskript (Universität Bremen)

Die Literatur und weitergehendes Material ist beim Autor erhältlich. Adresse über 'Der Rechte Rand" zu erfragen.

Heidelberger Manifest.

ASYL ist Menschenrecht

Am 17. 6. 1981 unterzeichneten eine Reihe westdeutscher Professoren und Dozenten ein sogenannntes "Heidelberger Manifest", in dem die "Unterwanderung des deutschen Volkes" sowie die "Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums" durch Ausländer angeprangert wird. Veröffentlicht wurde das Manifest zuerst am 6. 11. 81 in der "Deutschen Wochenzeitung". Öffentlich für Furore sorgte das Manifest dann im Januar 1982 im Zusammenhang mit der Gründungsveranstaltung des "Schutzbund für das Deutsche Volk", der für sich reklamierte, den im "Manifest" geforderten Dachverband darzustellen. Angesichts der öffentlichen Empörung über die allzu offene rassistische Argumentation wurde am 31. 1. 1982 in Mainz eine "bereinigte" Fassung des Manifestes beschlossen. Der Schutzbund ist personell eng verpflochten mit der "Gesellschaft für freie Publizistik", der wiederum ein häufiger Autor der "Deutschen Liga für das Kind", **Ferdinand Oeter**, angehört. Erstunterzeichner des Manifest war z.B. Prof. **Haverbeck**, Autor im Grabert-Verlag und zuletzt mit seiner Steiner-Biographie aufgefallen.

Aus Anlaß dieses 10-jährigen "Jubiläums" druckte der Grabert-Verlag in seiner jüngsten Ausgabe von "Deutschland in Geschichte und Gegenwart" Nr. 4/1991 eben jenes Manifest noch einmal nach, natürlich in der unbereinigten Fassung. Der Aufruf sei nach wie vor aktuell und der Leserschaft in Erinnerung gerufen.

Anton Maegerle

"Deutsche Bürgerinitiative" reaktiviert!

Der Dezember-Ausgabe '91 der "Deutschen Rundschau", des Zentralorgans der "Deutschen Liga für Volk und Heimat", ist zu entnehmen, daß sich eine "weitere Initiative zur Eindämmung des Asylmißbrauchs" konstituiert hat; ein "überparteiliches Aktionsbündnis gegen Überfremdung und Asylbetrug" unter der Bezeichnung "Deutsche Bürgerinitiative" (DBI).

Gefordert wird von der DBI eine "sofortige Abschiebung aller abgelehnten Asylbewerber", die "Einstellung aller Sozialleistungen für Asylbewerber" und die "Umwandlung des einklagbaren Grundrechts auf Asyl". Zur Durchsetzung dieser Forderungen will die DBI in den nächsten Wochen verstärkt Unterschriften zur Unterstützung ihres Anliegens sammeln und dann eine erste öffentliche Kundgebung durchführen.

Falsch an der Meldung der "Deutschen Rundschau" ist, daß es sich bei der DBI um eine neue Organisation handelt; kann sie doch bereits auf ihr 20-jähriges Bestehen zurückblicken!

1971 gründete der Rechtsanwalt **Manfred Roeder** (geb. am 6.2.1929 in Berlin), ex-CDU-Mitglied, die rechtsextreme DBI (zuvor: "Bürgerinitiative gegen moralische und politische Anarchie"), die gar durch die Finanzbehörden in Darmstadt am 21.12.1971 - "aufgrund der vorgelegten Satzung" - als "gemeinnützig" anerkannt wurde (bis Ende 1973). In dieser Satzung ist als Ziel der DBI angegeben, sie erstrebe "eine Erneuerung unserer Staats- und Sittenordnung und will den sittlichen Verfallserscheinungen entgegentreten ... Insbesondere soll die seuchenartige Ausbreitung von Rauschgift, Geschlechtskrankheiten und Gewalttätigkeit verhindert und die allgemeine Volksgesundheit gefördert werden."

Bundesweit machte Roeder als Rädelsführer der 1980 gebildeten terroristischen Vereinigung "Deutsche Aktionsgruppe" (DA) auf sich aufmerksam, die mehrere vor allem gegen Ausländer gerichtete Bombenanschläge durchführte (siehe dazu auch Der Rechte Rand Nr.10). Dabei waren am 22. August 1980 bei einem Brandanschlag auf ein Übergangsheim für Flüchtlinge in Hamburg zwei Vietnamesen getötet worden.

Nach fünfmonatigem Prozeß wurde Roeder, Verfasser eines Vorwortes zur "Auschwitz-Lüge" (Verfasser **Thies Christophersen**), 1982 in Stuttgart-Stammheim zu 13 Jahren Haft verurteilt. Das Gericht überführte ihn der Anstiftung zu sieben Brand- und Sprengstoffanschlägen auf Flüchtlings- und Asylanten-Unterkünfte.

Am 15 Februar 1990 konnte der notorische Rechtsextremist nach Verbüßung von zwei Dritteln seiner Haftstrafe vorzeitig das Gefängnis verlassen. Dies entschied der Bundesgerichtshof in Karlsruhe (Aktenzeichen 1 StE 3/81 - StB 39/89). Damit setzte sich der BGH in Gegensatz zum Oberlandesgericht Stuttgart, das die Freilassung abgelehnt hatte. Zwar hielten es die Karlsruher Richter für möglich, daß Roeder mit der Verbreitung von NS-Gedankengut die Grenzen der Meinungsfreiheit weiterhin überschreitet, gingen aber davon aus, daß der Ex-Anwalt nicht mehr versuchen werde, seine Vorstellungen mit Gewalt durchzusetzen.

Es ist an der Zeit, daß Roeders Aktivitäten, die dieser vom hessischen Schwarzenborn/Knüll unternimmt, wieder unterbunden werden.

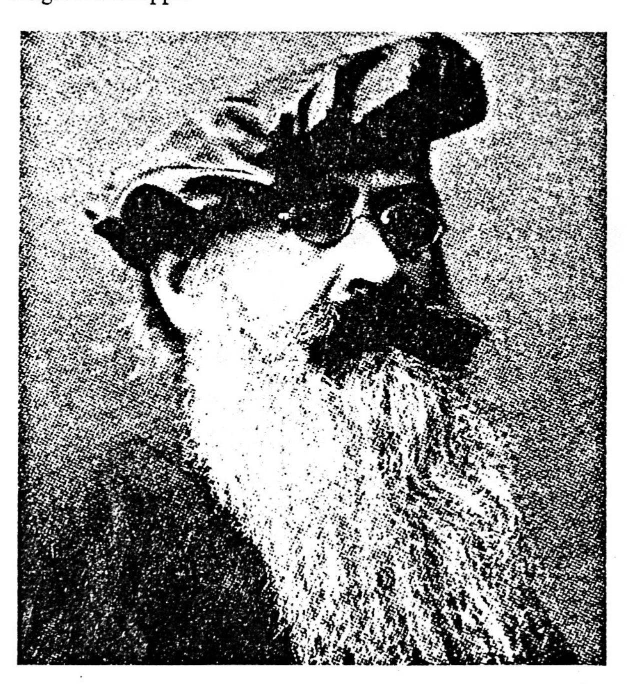
Fortsetzung aus DRR 14

Herbert Wilhelm-Rotenburg

Deutsche Wiedergeburt und abendländische Sendung

Unwissen als Urwissen

Im Schrifttum der völkischen und im engeren Sinn der völkisch-religiösen Bewegung kann man zwei generelle Tendenzen unterscheiden. Einmal werden angeblich alte germanische bzw. keltische, "thulische" oder "atlantische" Glaubensinhalte vorgeblich wissenschaftlich rekonstruiert, zum anderen ist man bemüht, zur Reevokation solcher Glaubensbestände in Feier und kultischem Fest entsprechende Liederbücher, Weihespiele und sakrale Dichtungen anzubieten. Für jede dieser Methoden einer neuheidnischen Renaissance existieren innerhalb des völkischen Spektrums regelrechte Spezialverlage. Ihre Produktion beschränkt sich zumeist auf das Schrifttum der jeweiligen religiösen Gruppe.



Guido List

Allgemein dominieren pseudowissenschaftliche Theoriegebäude, gearbeitet wird aber auch mit Anleihen aus der seriösen Forschung, aus der Geschichtswissenschaft, der Volkskunde, der Germanistik, der Vor- und Frühgeschichte, der Rassetheorie und der neuentwickelten Runenkunde, wobei in Fall der beiden letztgenannten Disziplinen die Grenzen zwischen spekulativer und seriöser Forschung bereits wieder verschwimmen. Interessant sind völkisch-religiöse Konzepte nicht zuletzt deshalb, weil an ihnen deutlich wird, daß in der Moderne religiöse Erneuerungsbewegungen, um ernstgenommen zu werden, anscheinend gezwungen sind, ihre Glaubensüberzeugungen mittels wissenschaftlicher Diskurse abzusichern. Manche der "wissenschaftlichen" Theorien und "verwissenschaftlichen" Glaubenslehren haben dann im "Dritten Reich" tatsächlich den Rang akademisch institutionalisierter Wissenschaft erreicht. Heinrich Himmlers SS-eigene Forschungsstiftung "Ahnenerbe", die Organisation der "Nordische Bewegung", Lehrstühle für Rassekunde - all das gehört zur wissenschaftlich-weltanschaulichen Wirklichkeit der Zeit ab 1933. Man wird manche ursprünglich dem völkischen Dunstkreis entsprungenen Ideen jedoch auch im Umfeld anthroposophischer Theoriebildung wiederfinden, die sich deren theosophisch-okkultem Erbe verdankt.

Als Konsequenz aus dem massiven Defizit an persönlichen und gesellschaftlichen Mustern von Sinnstiftung im Deutschland des ersten Nachkriegs sind selbst oftmals exotische und gar abstruse Ideen völkischer Neuheiden auf ihren tieferen Hintersinn zu befragen: Die in zahlreichen Publikationen greifbare Rückbesinnung auf Ur- und Stammesgesellschaften etwa, seien es nun die Germanen, Kelten oder rein fiktive Kulturen wie die von Thule und Atlantis, verweist direkt auf Verunsicherungen durch den Verlauf der Realgeschichte, der man auf diese Weise ins Ungeschichtliche auswich. Außerdem besitzen diese fiktiven Urgesellschaften gerade diejenigen Eigenschaften, die vielen Deutschen in der Weimarer Republik augenscheinlich fehlten: die Überschaubarkeit und Statik sozialer Beziehungen, eine hierarchische Ordnung gesellschaftlicher Schichtung, die religiöse Fundierung politischer Verhältnisse, einzelne Führer- und Vorbildgestalten, ein wehrhaftes soziales Ganzes, schließlich intakte patriarchale Verhältnisse. - Die Wirkungsgeschichte des Traums von den Urkulturen reicht übrigens bis weit über 1945 hinaus. Organisationen wie Wilhelm Kusserows "Ausschuß zur Erhaltung des nordischen Kulturerbes", der "Goden-Orden", die "Guido-von-List-Gesellschaft", die in engem Kontakt zum Armanen-Orden steht, der "Walther Machalett-Forscherkreis für Vor- und Frühgeschichte der Externsteine im Teutoburger Wald" (heute: "Arbeits- und Forschungskreis Walther Machalett") und der "Urlagu-Verbund" knüpfen an Denkströmungen der Weimarer Zeit an und sind bis heute mit ihren "Forschungen" von zentraler Bedeutung für die inhaltliche Ausgestaltung völkischer Religion. - Allen Urgeschichtsforschungen dieser Art ist gemeinsam, daß sie die deutsche Geschichte strikt von westlich-römischen Einflüssen trennen wollen oder gar - wie Ludwig Woltmanns (1871-1907) Buch "Die Germanen und die Renaissance in Italien" (Leipzig 1905) - suggerieren möchten, die einzig bedeutenden europäischen Kulturschöpfer seien die Völker des Nordens gewesen. Auf die Spitze getrieben ist solch ein Germanozentrismus im Werk eines Hermann Wieland "Atlantis, Edda, Bibel. 200 000 Jahre germanischer Weltkultur und das Geheimnis der Heiligen Schrift" (Weißenburg 1925), für das damals mit der Behauptung geworben wurde, der in Landsberg einsitzenden Führer der NSDAP hätte es bestellt und gelesen.

Die in solchen Büchern ausgesprochene Vorstellung vom arisch-germanischen Menschen als genialischem Kulturschöpfer paßte zu den Konzepten deutscher, "nordischer" oder "arischer" Führungs- und Weltherrschaftsansprüche, die die realen Demütigungen "deutsch-fühlender" Kreise der Nachkriegszeit kompensieren sollten. Rassistisch-biologistisch fundierte Hegemonialideen aber entbanden geschickterweise die "Nordrasse" von jedem historischen Beweis ihrer Überlegenheit. Der durch Versailles "geknechtete" deutsche Bürger konnte sich seiner ererbten "Rassekraft" sicher fühlen, von der "wissenschaftlich" belegt ohnehin klar war, daß sie sich einst wieder durchsetzen würde. Denn andere Völker gingen ja - wie in denselben Schriften zu lesen war - unwiderlegbar der "Rasseentartung" entgegen. Innere und äußere Feinde der "Arier" waren mithilfe entsprechender "Aufklärungs"-Schriften ohne mühsame gesellschaftliche Analyse klar zu erkennen.

Zahlreiche völkische Publikationen sind darüberhinaus nichts anderes als Anleitungen zur "artgemäßen" Lebensweise, die aus einem Konglomerat der Ideen aller zeitgemäßen Reformbewegungen besteht: Das hat einmal damit zu tun, daß die völkische Bewegung an allen anderen bürgerlichen Reformbewegungen personell und organisatorisch partizipiert hat, zum anderen aber mit einer Eigenart völkischer Weltanschauung und Religiosität, nämlich mit der radikalen Diesseitigkeit aller Erlösungshoffnungen. Mit dem traditionell kirchengebundenen Christentum nämlich wurde auch dessen

transzendente Gottesvorstellung verabschiedet, damit aber auch jeder Glaube an eine Erlösung jenseits der individuellen und volklichen Existenz. Otger Gräff, völkischer Aktivist und Kriegsteilnehmer, der während des Krieges bereits einen gewichtigen Beitrag zur Gründung völkisch-religiöser Gemeinden und Siedlungsprojekte geleistet hatte, formulierte: "So ist deutscher Glaube ein lebendiger Diesseitsglaube, 'deutscher Idealismus', der die schöne reiche Erde, insonderheit die liebe Heimat nicht als ein Jammertal ansieht und auf ein angeblich besseres Jenseits hofft, über das wir nichts wissen können, der vielmehr vor allem hier auf Erden das Gottesreich aufrichten will, das Höhere Reich der Deutschen."

"artgemäße" oder "arteigene" Religion, an deren inhaltlicher Ausgestaltung nicht nur dezidiert programmatische Schriften völkischer "Theologen", sondern auch bestimmte Kultbücher der Jugendbewegung mitgewirkt haben. Zu nennen sind hier Herman Poperts (1871-1932) Antialkohol-Roman "Helmut Harringa. Eine Geschichte aus unserer Zeit" (Dresden 1910), dessen lebensreformerisch enthusiasmierter Titelheld nichts anderes sein wollte als ein "Krieger im Heere des Lichts" - dies wurde eines der bekannten geflügelten Worte der Jugendbewegung. Daneben Herman Burts (1879-1960) "Wiltfeber, der ewige Deutsche". Die Geschichte eines Heimatsuchers (Leipzig 1912), in dem der Protagonist als "reiner Krist" für die Wiedererweckung des rassereinen Deutschtums streitet, und schließlich der Millionenseller des Eisenacher

DIE ARTGEMEINSCHAFT

GERMANISCHE GLAUBENSGEMEINSCHAFT
WESENSGEMÄSSER LEBENSGESTALTUNG

VEREINIGT MIT DEN NORDUNGEN/DER NORDISCHEN GLAUBENSGEMEINSCHAFT E.V.
UND DER NORDISCH-RELIGIÖSEN GEMEINSCHAFT E.V./IN DER NACHFOLGE DER
GERMANISCHEN GLAUBENSGEMEINSCHAFT EV



In diesen Worten werden Traditionen eines sakralen Deutschnationalismus deutlich, dessen Genese bis ins 18. und 19. Jahrhundert zurückreicht. Diesseitig-religiös orientiert war vor allen aber das Selbstverständnis und die Praxis der meisten bürgerlichen Reformbewegungen (Nacktkultur, Kleiderreform, Antialkoholbewegung, Vegetarismus, Naturheilverfahren, Landkommunen etc.), an deren Erlösungsversprechen man durch die Befolgung der richtigen Kleider- oder Essensordnung partizipieren konnte. Die Vergottung des gesunden Leibes, greifbar im quasi-religiösen Schrifttum der Nackt- und Körperkultur und wiederum angeregt durch Nietzsches Denken, ist ein weiteres Indiz für die Enttranszendierung zeitgenössischer Erlösungshoffnungen. Damals ebenso zeitgemäß wie heute waren völkische Spielarten der Gymnastik- und Tanzbewegung wie etwa Friedrich Bernhard Marbys (1882-1966) "Runengymnastik" oder "Runen-Yoga", durch deren Übungen man im Kontakt mit dem Kosmischen auf den "Germanischen Einweihungsweg" (ein Marby-Titel!) geriet, der geradewegs zur Selbsterlösung führte. Verglichen damit geradezu seriös sind die verschiedenen Formen eines popularisierten Darwinismus, also vor allem an der Sozialdarwinismus und der Monismus, die beide zu einer Art Diesseitsreligion wurden. Schließlich wirkten die Traditionen messinaisch-chiliastischer Bewegungen und Sozialrevolten vergangener Tage weiter, die das Heil nicht im Jenseits und am Jüngsten Tag, sondern hier und jetzt in der eigenen sozialen und kulturellen Praxis gesucht haben. Zu der angestrebten "artgemäßen" Lebensweise gehörte in letzter Konsequenz eine

Schriftstellers Walter Flex (1887-1917) "Der Wanderer zwischen beiden Welten. Ein Kriegserlebnis" (München 1917). Thema dieses Buches war das mythisch überhöhte Kriegserlebnis der ersten Wandervogelgeneration. Ebenso wichtig waren Ernst Wiecherts (1887-1950) Roman "Der Totenwolf" (Berlin 1924) oder die zahlreichen Weihespiele, sakralen Dichtungen und Romane einer der wenigen "heiligen Frauen" der völkischen Jugendbewegung, der Dichterin Gertrud Prellwitz (1869-1942). - Bücher dieser und ähnlicher Art verknüpfen jeweils unterschiedliche Handlungen mit den immer gleichen Ideologemen, von denen ein quasi metaphysisch veredelter Nationalismus, ein mal latenter, mal offensiver Rassismus, sowie antiurbane, agrarromantische und naturmysthische Gedanken für die Ausbildung völkisch-religiöser Ideensysteme am bedeutendsten geworden sind.

Deutsche Sehnsüchte nach diesseitiger Erlösung aus der Gegenwart kulminieren seit der Jahrhundertwende oftmals in der Rede von der "Wendezeit", der "Zwischenzeit", den Ideen eines kommenden "Dritten Reiches" und der Hoffnung auf den "neuen Menschen". Dieser Ruf nach dem neuen Menschen ertönte damals auf der Rechten wie auf der Linken. Anthroposophen lasen die "Bücher des kommenden Tages" aus dem gleichnamigen Stuttgarter Verlag. "Weltwende" nannte sich die Zeitschrift des Christlich-revolutionären Verlags (Stuttgart), "Zeitwende" hieß ein protestantisches Blatt des Beck-Verlags und gar "Zwischen den Zeiten" lebend wähnten sich wieder andere. Der evangelische Pfarrer Martin Voelkel, der geistige Mentor des jugendbewegten "Bundes der Neupfadfinder", begriff die junge Generation des Nachkriegs als "epochale Jugendbewegung, Volksfrühling, Weltenwende!" Vom "Dritten Reich" träumten Ernst Bloch, manche Expressionisten und viele Völkische....politisch antagonistische Kräfte also partizipierten an einem Zeitgefühl, das sich in ähnlicher Sprache artikulierte, in den politischen Zielen jedoch deutlich differierte. Ein ähnlicher Jargon jedoch hat mit dafür gesorgt, daß eigentlich völkische, antidemokratische Ideen in ganz andere Gruppen und deren Kultur eindringen konnten.

Dies scheint mir auch die Problematik der heutigen naturreligiösen, allgemein ökologischen und habituell "alternativen" Religionen und Weltanschauungen zu sein, zumal deren Klienten im überzogenen Reflex auf die Theorielastigkeit mancher "68er" eine massive Theoriefeindschaft kultiviert haben. Diese gibt als höheres Bewußtsein aus, was sich mangelnder Reflexion und Nachdenklichkeit verdankt, was aber auch auf die schlichte Unkenntnis der Traditionen des eigenen Denkens und Glaubens zurückzuführen ist. Neuheidentum, das ernstgenommen werden will als echte religiöse Alternative, hätte sich zuerst der eigenen Wurzeln zu versichern. Diese aber liegen nicht im Urwissen germanischer "Armanen", sondern im Krisenbewußtsein und der Orientierungslosigkeit intellektueller Eliten und deren Nachläufer im Europa der Zwischenkriegszeit. Wer daran anknüpft ohne kritischen Vorbehalt, muß sich auch an den politischen Konsequenzen dieser Denkhaltungen messen lassen. Für die Masse der "sanft Verschwörten" gelten bis heute Herbert Marcuses Worte aus dem Pariser Exil über "affirmative Kultur":

"Die Kultur meint nicht so sehr eine bessere wie eine edlere Welt: eine Welt, die nicht durch den Umsturz der materiellen Lebensverhältnisse, sondern durch ein Geschehen in der Seele des Individuums herbeigeführt werden soll. Humanität wird zu einem inneren Zustand; Freiheit, Güte, Schönheit werden zu seelischen Qualitäten: Verständnis für alles Menschliche, Wissen um das Große der Zeiten, Würdigung alles Schweren und Erhabenen, Respekt vor der Geschichte, in der das alles geworden ist. Aus solchem Zustand soll ein Handeln fließen, das nicht gegen die gesetzte Ordnung anrennt. (...) Die Kultur soll das Gegebene veredelnd durchdringen, statt ein Neues an seine Stelle setzen. So erhebt sie das Individuum, ohne es aus seiner tatsächlichen Erniedrigung zu befreien."

Herbert Wilhelm-Rotenburg (Pseud.) ist freier Wissenschaftler (Historiker/Germanist) und erforscht subkulturelle Strömungen im Deutschen Kaiserreich und der Weimarer Republik, insbes. die Jugendbewegung und die völkische Bewegung. Sein besonderes Interesse gilt Fragen der systematischen Weltanschauungsproduktion in der Moderne, sowie der Geschichte des deutschen Bildungsbürgertums.

Karl-Heinz Neumann

Die Hooligan-Postille "Fan-Treff"

Fußballfans, insbesondere deren gewaltbereite Fraktion, die Hooligans, haben zwischenzeitlich eine nicht geringe (negative) Publicity erlangt. Die Reaktionen auf diese Szene reichen von einer Stigmatisierung als Nazis, bis hin zu Reduzierung zu Opfern der sog. "Risikogesellschaft". Eine Reaktion besonderer Art entstammt der Fan-Szene selbst: clevere Insider haben diese längst als lukrativen Markt entdeckt, auf dem sich neben "Fan-Requisiten" noch die entsprechende Gesinnung verkaufen läßt. Insofern setzt sich auch hier nur fort, was den (deutschen) Fußball generell kennzeichnet, das Geschäft.

Eines der erfolgreichsten Unternehmen dieser Art ist das Fan-Zine 'Fan-Treff - Das Sprachorgan für Fans'. ('Zine' ist die Abkürzung des englischen Begriffs Magazine).

Der 'Fan-Treff' (FT) erscheint seit 1986 mit 10 Ausgaben pro Jahr, mit einer Auflage von mittlerweile 8.200 Exemplaren. 1.500 Hefte werden im Abo, der Rest wird bundesweit in Bahnhofsbuchhandlungen und Fußballstadien vertrieben. Herausgegeben im Ilona Will-Selbstverlag in Sandhausen bei Heidelberg/Mannheim, stellen Spiele des SV Waldhof Mannheim einen Schwerpunkt der Berichterstattung dar. Darüberhinaus nehmen bundesweite und internationale Fußball- und Hooliganereignisse breiten Raum ein. Die Redaktion besteht zur Zeit aus 3 Personen: **Peter Will** (presserechtlich verantwortlich), **Uwe Kress** und **Steffen Heumann**. Die beiden letztgenannten sind maßgeblich für den Inhalt zuständig. Während Heumann sich als rasender (Foto)-Reporter versteht, versucht sich Kress überwiegend als Kommentator sportlicher sowie politischer Ereignisse. So berichtete der 1963 geborene, in Mannheim lebende Bankkaufmann Kress 1990 nicht nur ausführlich über die Fußball-WM, sondern kommentierte auch voll nationaler Inbrunst die "Wiedervereinigung".

Neben der Zeitschrift werden über den Ilona Will-Selbstverlag, der in Sandhausen ein Ladengeschäft (Bull-Dog Shop) betreibt, auch andere 'Fan-Artikel' angeboten. Zu nennen wären hier: Aufnäher/Sticker, die nach Vorlage angefertigt werden, dann "Bull-Dog Fashion" d.h. Jacken, T-Shirts, Jogginghosen etc., die mit Kampfhund (Bull-Dog) - Logo, 'Hooligans-Deutschland' o.ä. versehen sind. Schließlich gibt es noch einen Buchversand, der neben gewalt- und alkoholseligen Eigenproduktionen auch seriöse Titel zum Thema Fußballfans/Hooligans aus anderen Verlagen führt. Die Motive der Sticker/Gruppenabzeichen durchziehen alle "FT"-Hefte als Layout- und Werbematerial, die häufigsten Symbole: Kampfhunde (Pit-Bulls), Baseballschläger, Alkohol.

Über was berichtet nun der "Fan-Treff"? Wer z.B. nach Studium des Titelblattes oder des Inhaltsverzeichnisses glaubt, der "FT" bringe Spielberichte, Spielanalysen, sieht sich schnell getäuscht. Der "FT" berichtet fast ausschließlich aus der "3. Halbzeit" - von gewalttätigen Auseinandersetzungen bei Fußballspielen. Hier hat sich der "FT" den Veränderungen der Fußballszene erfolgreich und



auflagensteigernd angepaßt: von einer Art "Bäckerblume" für Fußballfanclubs mit Klatsch und Tratsch, Berichten von Fan-Treffen, Saufgelagen, Auswärtsspielen etc. wurde der "FT" zu einer hand- und schlagfesten Hooligan-Postille.

Die "Schlachtberichte" werden von einzelnen Fans/Hools an die Redaktion gesandt und von dieser für den Abdruck ausgesucht. In diesen, im Stile von Grundschul-Erlebnisaufsätzen abgefaßten Berichten, rühmen sich "Hooligan-Crews" in martialischem, mit Szene-Begriffen gespickten Jargon ihrer gewalttätigen Großtaten. Der Grundtenor: wenige "gute" Hooligans "besiegen" eine zahlenmäßig stärkere Gruppe "schlechter" Hooligans ("Lutscher"). Neben diesen Kampfberichten findet sich eine ritualisierte Kritik an "Kugelschreiber-Hooligans" und "Lügenbaronen". Auch werden als "zu brutal" angesehene Aktionen, die gegen die (angebliche) Regel "Hools without weapons" verstoßen, kommentiert. Umrahmt wird die "Kriegsberichterstattung" von zahlreichen Fotos, mit ewig-gleichen Motiven: Hools beim Rennen, Hools beim Prügeln, Hools beim Saufen, Polizei im Einsatz. Die Anonymisierung von Hools und Polizisten erfolgt erst in jüngster Zeit, eine Konsequenz aus Problemen der "FT"-Fotografen mit der Polizei, ursprünglich wollten Hools keineswegs unerkannt bleiben. Sie wollen sich ihrer Taten offen rühmen, wofür der "FT" die Plattform bietet. Konsequenzen, die sich hieraus bezüglich strafrechtlicher Verfolgung ergeben könnten, werden in Kauf genommen.

Wesentlich interessanter als die nach immer gleichem Muster abgefaßten Artikel, sind Kommentare der Redaktion, in denen sich deren zwiespältiges Verhältnis zur Gewalt und die mal offen, mal unterschwellig transportierten (politischen) Botschaften zeigen. Eine scheinbare, oft ironische Distanzierung

O-Ton Fan Treff:

"Mit Nacktfoto auf der Karte (so wie ich es am liebsten habe, lechz ...!)" Heumann, FT Nr. 60, Januar 1992

"FC Bayern-Fan Daniela (lechz, gier, anbaggern...) (...)." Kress, FT Nr. 26, August 1988

"Siggi B .(DO) beim 'Striptease'" FT Nr. 37, September 1989. Gemeint ist Siegfried Borchardt ("SS-Siggi") von der Dortmunder Borussenfront, FAP-Funktionär.

"Auf der Haupttribüne waren ca. Antwerpener, die eine Judenfahne hißten." FT Nr. 45, September 1990

"Was für ein korrupter, hinterhältiger, dreckiger, menschenverachtender, mörderischer Haufen dieser aus Menschenabfall zusammengesetzte SED-Club (...). Kress, FT Nr. 47, September 1990

"Wenn man bedenkt, daß es einem Deutschen aufgrund der seit 1945 eingehämmerten Schuldkomplexe und der ständigen Unterdrükkung unseres Nationalbewußtseins weitaus schwererfallen muß, seine nationalen Empfindungen ehrlich zu zeigen (...)", Gastkommentar Rolf Plewka, FT Nr. 26, August 1988. Rolf Plewka ist Redaktionsmitglied der in Österreich erscheinenden neonazistischen Zeitschrift "SIEG".

von Gewalt ist in vielen redaktionellen Artikeln festzustellen. Dies hat einen simplen juristischen Anlaß. 1989 versuchte das Jugendamt Heidelberg den "FT" als gewaltverherrlichende und somit jugendgefährdende Schrift indizieren zu lassen. Dies scheiterte zwar, doch ist die Tonart seitdem etwas vorsichtiger. So lobt Redaktionsmitglied Steffen Heumann zwar "3. Halbzeiten a la carte", nämlich "geile, faire Boxereien und Tretereien", kritisiert/ironisiert aber z.B. Auseinandersetzungen mit Waffen und Plünderungen. Neben dieser Herausgebertaktik kennzeichnet alle "FT"-Ausgaben eine weitere Gemeinsamkeit, die jedoch eher in Randbemerkungen als in Leitartikeln zum Ausdruck kommt: Bekenntnisse zu Nation und Alkohol, sexistische Sprüche, rassistische und antisemitisch Äußerungen. Die Feindschaft gegenüber Linken und Grünen ist eine feste Größte (z.B. das Motto "Hools gegen Links"). Dem entgegen betont die Redaktion, das der "FT" nicht der "Ort für Politik" sei und gibt vor "Politik draußen zu lassen". Nur Uwe Kress kann hin und wieder nicht an sich halten und hetzt in unverblümt nationalistischer Manier. Gehen ihm die Worte aus, druckt er Artikel aus der rechtsextremen Presse nach, so z.B. aus der von **Gerhard Frey** herausgegebenen "Deutschen Wochenzeitung" (DWZ). (Daß in der - reichlich lächerlichen - Rubrik 'Grüße an die Redaktion' ihm auch mal Grüße von Besuchern einer NPD-Veranstaltung übermittelt werden, sei nur nebenbei angemerkt.) Besondere Aufmerksamkeit verdienen noch die Kleinanzeigen. Hier wird alles angeboten, was das Fußballherz begehrt, von Fußballbildern über Oi-Musik bis hin zu Pamphleten militanter Nazis (z.B. das Zine "Endsieg"). Ähnliches gilt für die Grußabteilung. Hier werden auch mal "alle Hools und Skins" gegrüßt, "die in Bayreuth dabeiwaren". Gemeint ist natürlich der Aufmarsch zum Heß-Todestag. Die Abteilung 'Denkt an die Kameraden im Knast', in der inhaftierte Hools Briefkontakte suchen, schließt die umfangreiche Kleinanzeigenabteilung ab. Fazit: der "FT" ist ein florierendes Unternehmen im Übergangsbereich der Fußballszene zum Rechtsextremismus. Ein kleiner Nachtrag zum Schluß. In Mannheim existierte von 1986-1990 ein sozialpädagogisches Fanprojekt. Dieses vom Stadtjugendring initiierte und erfolgreich arbeitende Projekt mußte seine Arbeit einstellen, weil weder die Stadt Mannheim noch der SV Waldhof die Personalkosten übernehmen wollten. Der SV Waldhof Mannheim hat nun zu Beginn der laufenden Saison mit großem (Lokal)-Presserummel eine ehrenamtliche "Fan-Initiative" aus dem Hut gezaubert. Einer der beiden eingesetzten "Fan-Betreuer" ist: "FT"-Redakteur Uwe Kress.

Jörg Daniels

Lieb Heimatland ich komme ...

"Mackenrode bleibt unser - FAP voran" prangte auf dem Transparent, das **Karl Polacek** am Morgen des 22. Januar an seinem Haus in der kleinen Ortschaft in der Nähe von Göttingen anbringen wollte. Doch dazu kam er nicht mehr - schon wenige Stunden später saß der Landesvorsitzende der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) in Niedersachsen in einem Polizeiwagen in Richtung österreichische Grenze. Nach mehr als einem Jahr hat die Landesregierung ihre Ankündigung in die Tat umgesetzt, den 57jährigen Ziehvater der neonazistischen Szene im Raum Göttingen in sein Heimatland Österreich abzuschieben.

Die Ausländerbehörde des Landkreises Göttingen, die das Ausweisungsverfahren auf Betreiben des niedersächsischen Innenministers Gerhard Glogowski (SPD) Ende 1990 in Gang gesetzt hatte, ließ sich auch am Schluß noch zum Jagen tragen. So war die sofortige Abschiebung Polaceks nicht von der Behörde selbst, sondern vom Innenministerium per Fax vom 17. Januar angeordnet worden. Fünf weitere Tage dauerte es dann noch, bis sich die Polizei zur Festnahme entschied. Man habe einen günstigen Zeitpunkt abwarten und gewalttätige Auseindersetzungen mit Polacek und seinen Anhängern vermeiden wollen, so dazu später ein Sprecher des Landeskriminalamtes in Hannover.

Den günstigen Zeitpunkt sahen zwei Beamte des Zivilen Streifenkommandos gekommen, als Polacek am Morgen des 22. Januar mit dem FAP-Transparent allein aus seinem Haus trat. Nach Polizeischilderung näherten sich die Beamten dem Haus, indem sie Polacek ihre Hilfe beim Befestigen des Transparents anboten. Dann nahmen sie den FAP-Chef fest und fuhren ihn ins Göttinger Polizeipräsidium. Von dort wurde Polacek nach einer Vernehmung durch die Staatsanwalt in Begleitung von zwei Beamten per Auto nach Österreich gebracht, das sich zuvor in einer Übernahmeerklärung zur Aufnahme Polaceks verpflichtet hatte.

Widerstand hat der 57jährigen gegen seine Abschiebung nach Polizeiangaben nicht geleistet. Noch kurz zuvor hatte er angekündigt, sich notfalls in seinem mit Stacheldraht gesicherten und Tarnnetzen behängten Haus zu verbarrikadieren. Die plötzliche Abschiebung Polaceks war allgemein auf Überraschung gestoßen, da das Innenministerium noch wenige Tage zuvor bekundet hatte, zunächst einen Beschluß des Oberverwaltungsgericht Lüneburgs (OVG) abzuwarten. Polacek hatte vor dem OVG Widerspruch gegen eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Braunschweig vom Dezember 1991 eingelegt, in der die Rechtmäßigkeit der vom Kreis Göttingen ausgestellten Ausweisungsverfügung bestätigt worden war. Innenminister Glogowski räumte nach der Abschiebung ein, daß es "eigentlich üblich" sei, vor einer Abschiebung alle gerichtlichen Entscheidungen abzuwarten. Hier handele es sich jedoch um einen "besonderen Fall", in dem ein sofortiger Vollzug gerechtfertigt gewesen sei. Offenbar hat der Innenminister vom OVG vorab den Hinweis erhalten hat, daß die richterliche Entscheidung gegen Polacek ausfallen werde, womit der überraschende Zugriff der Polizei erst ermöglicht worden wäre.

Polacek, der seit 1964 in der Bundesrepublik und 1970 in Mackenrode lebte, hatte seine vor allem aus der Göttinger Skin-Szene stammenden Anhänger wiederholt öffentlich zur Gewalt aufgerufen. Der 57jährige selbst ist in der Bundesrepublik fünffach vorbestraft, unter anderem, weil er eine Antifaschistin mit einem Beil angegriffen und am Kopf verletzt hatte. Was nach der Ausweisung aus dem als Schulungszentrum der FAP geltenden Haus Polaceks wird, stand wenige Tage nach seiner Ankunft in Österreich noch nicht fest. Wie es hieß, wolle der Landkreis der Besitzerin des Anwesens, Polaceks getrennt lebende Ehefrau, "zureden", das Grundstück wieder in einen "normalen Zustand" zu versetzen.

Zu den Zöglingen Polaceks zählte unter anderem der 18jährige Skinhead **Oliver Simon**, der in der Silvesternacht 1990 in Rosdorf bei Göttingen den Bundeswehrsoldaten Alexander Selchow erstochen hatte. Das Landgericht Göttingen verurteilte Simon im Dezember 1991 zu sechs Jahren Jugendhaft. An der vom Landgericht als "gefährliche Körperverletzung mit Todesfolge" gewerteten Tat war auch **Sven Scharf** (18) beteiligt, der eine Jugendarrest-Strafe erhielt, die die Richter mit der Untersuchungshaft als abgesessen ansahen. Den tödlichen Messerstichen war ein Streit zwischen Selchow und mehreren Neonazis vorausgegangen, die im Nachbarhaus des Soldaten Silvester gefeiert und das Haus mit Feuerwerkskörpern beschossen hatten. Als Selchow kurze Zeit darauf das Haus verließ, wurde er von Simon und Scharf überfallen, niedergeprügelt und schließlich mit einem von Simon geführten Messerstich in den Bauch getötet.

"Die Erleichterung darüber, daß diese unendliche Geschichte ein vorläufiges Ende gefunden hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß Polaceks Ausweisung keine Probleme von Rechtsextremismus und Gewalt in Südniedersachsen löst: die gewalttätige neofaschistische Szene ist nicht auf ihn angewiesen, seine Nachfolger sind längst gefunden und angelernt; sie werden wie bisher weitgehend unbehelligt ihr Unwesen treiben, solange die FAP nicht endlich verboten wird." (Hulle Hartwig, Göttinger SPD-ML)

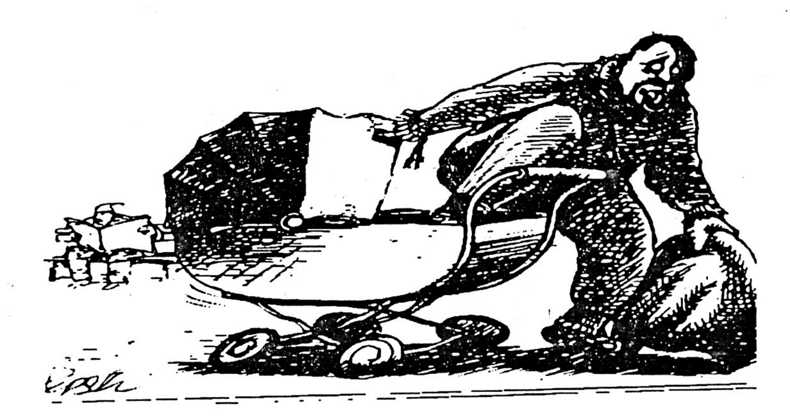
Stefan Jacoby

Nationalistische Front gründet terroristische Organisation

Kennern der Szene ist es kein Geheimnis: die Organisationen des militanten Neofaschismus organisieren sich konspirativ und logenähnlich um einen harten terroristischen Kern. Sie verfügen immer auch über einen militärischen Flügel, dessen Mitglieder eine Schulung durchmachen, die von Wehrsportübungen bis zur Ausbildung für Terror-Anschläge reicht.

Nach außen versuchten diese Leute aber, sich als Biedermänner darzustellen.

Aus der Sicht der militanten Neofaschisten verläuft die Terrorwelle gegen Flüchtlinge sehr erfolgreich, und die sehr zurückhaltende Reaktion der Sicherheitsbehörden fassen sie als Ermunteriung auf und als angebliches Indiz dafür, daß "das Volk" hinter ihnen stehe.



In dieser Situation initiiert **Meinolf Schönborn**, Anführer der vom Bundeswahlleiter als Partei anerkannten "Nationalistischen Front", die Gründung einer neuen Organisation, die ausschließlich den Terror auf ihre Fahnen geschrieben hat.

"Kamerad - der Kampf wird härter! Stellen wir uns darauf ein: Sei bereit zu kämpfen", heißt es in einem internen Rundbrief Schönborns, in dem er die Gründung eines "Nationalen Einsatzkommandos (NEK)" verkündet.

Als Vorbilder werden "Helden" vorgeführt, an denen sich die "jungen Nationalisten" im bewaffneten Kampf ein Beispiel nehmen sollen: Arminius, Florian Geier, Schlageter ("... organisierte er ... Sabotageakte gegen die Besatzungsmacht. ...Handeln wir, -wie er heute auch handeln würde!"), die Freikorps und die Waffen-SS (Ihr Kampf soll unser Beispiel sein. Jetzt sind wir jungen Nationalisten in der Pflicht, wie sie heldenhaft für Deutschland zu kämpfen!").

Auszüge aus Schönborns Gründungsaufruf:

"Kameraden, Dieser Aufruf richtet sich nur an alle gesunden und sportlichen Kameraden ab 16 Jahre."

Die Erfolge der NATIONALISTEN werden immer größer, aber auch die Gegenreaktionen von Ausländerverbrecherbanden und von kriminellen 'Linken' nehmen stark zu. (...)

Um unseren Kampf für ein völkisches Deutschland beser, zielgerichteter und noch erfolgreicher durchführen zu können, haben wir beschlossen, ein Nationales Einsatzkommando (NEK) aufzustellen.

Die Aufgaben des NEK's werden sein:

- Aufstellung kadermäßig gegliederter hochmobiler Verbände,
- Ausbildung von sportlichen und gesunden Kameraden für den politischen Kampf auf der Straße (...)
- Planung und Durchführung von überraschend durchgeführten zentralen Aktionen.

Kameraden, die sich dieser Truppe anschließen wollen, müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Deutsch sein, Deutsch denken, fühlen und handeln,
- körperlich sehr gut belastbar sein,
- ein Höchstmaß an Selbstdisziplin aufbringen,
- absolutes Verständnis für funktionale Disziplin haben,
- einen harten Einsatzwillen vorweisen können,
- mobil sein - zusammen mit anderen Kameraden, oder auch alleine,
- einen festen Charakter, einen starken Willen und sehr viel Mut haben,
- die absolute Einsicht in die Notwendigkeit von Befehl und Gehorsam bei AKTIONEN haben." Schönborns Terror-Truppe hat schon ihren eigenen Stempel mit Adler und Eisernem Kreuz, und sie verlangt 10,- DM Monats-beitrag.

Wer Mitglied werden möchte, muß sich innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt des Schreibens per Einschreibebrief bei Meinolf Schönborn melden. Als Kontaktadresse dient das Postfach der "Nationalistischen Front" in Gütersloh.

Frappierend ist weniger die Tatsache, daß Neofaschisten terroristische Gruppen bilden - das hat es in den letzten Jahren schon mehrfach gegeben und ist schon schlimm genug. Hier bildet sich aber ein bundesweit operierender "Verein" mit Mitgliedsbeiträgen und allem drum und dran. Und das unter dem Dach einer "legalen" politischen Partei. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Akteure davon ausgehen, ihnen könne durch die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden nichts geschehen, auch wenn sie es noch so wild treiben.

Angesichts der aktuellen Terrorwelle kann man nur hoffen, daß Innenminister, Polizei und Justiz durch öffentlichen Druck zu einem angemesseneren Vorgehen gegen Rechts veranlaßt werden können.



Anton Maegerle

Nationalsozialistische "Offensive im Osten"

Mit Stolz verkündet die jüngste Ausgabe des "NS-Kampfrufes. Kampfschrift der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Auslands-und Aufbauorganisation" (Nr.92 v. November/Dezember 1991), daß die "internationale nationalsozialistische Presse" nun über vier Presseorgane verfügt.

Neugeborenes Periodikum der NSDAP/AO, die ihren Sitz in Lincoln/Nebraska - USA unterhält, ist die seit August 1991 erscheinende ungarische Zeitung "Uj Rend". Im "Kampfruf" ist dazu zu lesen: Sie stellt eine wichtige Ausdehnung unserer Propagandatätigkeit nach Osten dar. Denn gerade dort, wo der kommunistische Jude zurückweicht, muß jetzt der kapitalistische Jude abgewehrt werden, damit diese nur äußerlich unterschiedliche Form seiner Diktatur verhindert wird."

Langfristiges Ziel der NSDAP/AO ist nicht nur die Fortsetzung und der Ausbau ihrer vier Zeitungen ("NS-Kampfruf" in deutscher Sprache seit 1973, "The New Order" in englischer Sprache seit 1975, "Sveriges Nationella Förbund" in schwedischer Sprache seit 1990 und nun auch "Uj Rend"), "sondern auch eine Ausdehnung in weitere Länder bzw. Sprachen." Begründet wird dies wie folgt: "das Weltjudentum ist international tätig, also führen wir Nationalsozialisten auch einen weltweiten Kampf! Schulter an Schulter mit Kameraden in vielen Ländern."

Der Ausbau von internationalen Kontakten ist in der Sparte "Leserbriefe" des "Kampfrufes" zu beobachten. So melden sich dort seit einigen Ausgaben auch "Kameraden" aus Japan, den Niederlanden, der ehem. Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und Griechenland zu Wort.

Die NSDAP/AO, an deren Spitze ihr 38-jähriger Organisationsleiter **Gerhard Lauck** steht, gilt als die größte nationalsozialistische Untergrundorganisation in der BRD.

Deutsche Liga

Formierungsversuche unternimmt die "Deutsche Liga für Volk und Heimat" auch in Niedersachsen. Als Landesbeauftragter tritt der Verdener Arzt Dr. **Rigolf Hennig**, ehemaliges REP-Mitglied, in Erscheinung. Er arbeitet dabei eng mit **Walter Seetzen** (Ex-NPD-Funktionär) und **Norbert Margraf** (ehemals niedersächsischer REP-Landesvorsitzender) zusammen. Eine größere Informationsveranstaltung am 24. 1. 1992 in Hildesheim diente als Vorbereitung für die offizielle Gründung der "Liga" in Niedersachsen. Neues Potential versucht Hennig offenbar auch unter den "Vertriebenen" zu mobilisieren. Am 17.Januar 1992 konnte er in der Zeitschrift "Der Schlesier" zwei Artikel plazieren: "Aktion Privateigentum in Ostdeutschland - Besitzansprüche jetzt sichern" und "Die verkrüppelte Verfassung".



Harald Neubauer

In ihrer Januar-Ausgabe meldet das britische Antifa-Magazin "Searchlight", daß der ehemalige Schönhuber-Vertraute, EG-Abgeordnete und Initiator der "Deutschen Liga", **Harald Neubauer,** Mitglied der verbotenen NSDAP/AO gewesen sein soll. "Searchlight" beruft sich bei dieser Meldung auf eine Aussage des verstorbenen Neonazis **Michael Kühnen**. Ein schwedisches Filmteam hatte entsprechende Aussagen Kühnens in dem Film "Wahrheit macht frei" festgehalten.

NPD-Anweisungen

Das NPD-Präsidium hat über ihre monatlich erscheinende Publikation "Deutsche Stimme" Schwerpunkte für die Öffentlichkeitsarbeit festgelgt. Die Untergliederungen der Partei werden angewiesen, in der Zeit zwischen dem 13. und 15. Februar verstärkt Aktivitäten zu dem Thema "Alliierte Kriegsverbrechen" zu entfalten und entsprechende Veranstaltungen zu organisieren. Aktualisiert werden soll auch der 18.März, bzw. "das Jahr der großdeutschen Bestrebungen 1848" durch "örtliche/überörtliche Veranstaltungen + Aktionen".

Angesichts der offensichtlichen Schwächung der NPD durch Übertritte zur "Deutschen Liga" wird sie zu den Wahlen in Schleswig-Holstein nicht antreten und sich auf den Wahlkampf in Baden-Württemberg konzentrieren.

Brunner: "Rührend gekümmert"

Während Beate und Serge Klarsfeld in den letzten Wochen und Monaten die Forderung nach einer Auslieferung des NS-Verbrechers **Alois Brunner** vehement erneuert haben, bezeugt der österreichische Rechtsextremist **Gerd Honsik** die Unterstützung Brunners durch Regierungskreise. In seinem geschichtsfälschenden Machwerk "Freispruch für Hitler" schreibt Honsik über ein Gespräch mit Brunner, der für die Deportation von über 120.000 Juden verantwortlich und 1954 in Frankreich in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden ist: "In all den Jahrzehnten, da der überzeugte Burgenländer, von Heimweh geplagt, in Kairo und Damaskus lebte, war ihm nicht nur die Freundschaft der Syrer sowie die Herzlichkeit der dort beruflich stationierten Österreicher ein Trost. Es war vor allem das Verdienst der ehemaligen österreichischen Botschafter Baron **von Waldstetten** und **Filz**, die sich - wenn auch ohne offiziellen Auftrag - rührend um den SS-Offizier kümmerten. Jedesmal, wenn sie nach Österreich fuhren, nahmen sie Geschenke aus der Heimat für ihren Schützling mit. Die geselligen Abende, an denen Hauptsturmführer Brunner im Hause der österreichischen Botschafter weilte, waren gesellschaftliche Ereignisse, bei denen führende Vertreter österreichischer aber auch bundesdeutscher Konzerne zusammentrafen."

GfP-Kongreß

Die rechtsextreme "Gesellschaft für freie Publizistik e.V." (GfP) plant ihren diesjährigen Jahreskongreß unter dem Motto "Für ein Europa freier Völker". Die Tagung soll unter Beteiligung "namhafter Persönlichkeiten" vom 8. - 10. Mai 1992 "im Nordosten Württembergs (etwa zwischen Bad Mergentheim u. Ellwangen)" stattfinden. Als Organisator betätigt sich **Wolfgang Hahn** aus Murnau.



Neue Herausgeber

Das mittlerweile seit mehr als 20 Jahren erscheinende rechtsextreme Theorieorgan der Rechten, "Nation und Europa", deren Herausgeber **Peter Dehoust** der "Deutsche Liga" beigetreten ist, beginnt das Jahr 1992 mit einem erweiterten Herausgeberkreis. Neben Dehoust sind jetzt der Ex-REP und EG-Abgeordnete **Harald Neubauer** und der ehemalige NPD-Vorsitzende **Adolf von Thadden** getreten.

Auch die Redaktion wurde erweitert. Zuständig für den Bereich "Mitteldeutschland und Osteuropa" wird der Nationalrevolutionär **Wolfgang Strauß**. Als Vertreter der jungen Generation und verantwortlicher Redakteur wird **Karl Richter** vorgestellt. Richter ist persönlicher Referent Neubauers gewesen und fungiert als Chefredakteur der Zeitung "Deutsche Rundschau", dem Publikationsorgan der "Deutschen Liga".

Rechtes Bildungswerk

Ein "Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk" hat seine Arbeit aufgenommen. Den Auftakt für die Aktivitäten, die Tagungen in Berlin und Lübeck, EDV- und Rhetorik-Kurse, Fahrten nach Stettin und ein Sommerfest umfassen, bildet eine Fahrt zum Europaparlament in Straßburg unter Führung des rechtsextremen EG-Abgeordneten Prof. **Emil Schlee**. Organisator der Veranstaltungen ist der Lübecker **Thomas Schröder**.

65 000 Mark für Revanchisten

Auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke (PDS/Linke Liste) erklärte die Bundesregierung, daß sie die revanchistischen Jungen Witikonen in den letzten zehn Jahren mit annähernd 65 000 Mark unterstützt habe. Offensichtliche Verbindungen der Witikonen zum rechtsextremen Spektrum seien - so die Antwort - der Bundesregierung nicht bekannt. Auch die Zusammenarbeit mit dem rechtsextremen "Nationaleuropäische Jugendwerk" und der Zeitschrift "Zeitenwende" (bzw. deren Vorläufer "Europa") sind der Regierung kein Beleg. So heißt es in der Regierungsantwort: "... bieten gegenwärtig keine Anhaltspunkte für das Vorliegen von Bestrebungen im Sinne der §§3,4 Bundesverfassungsschutzgesetz."

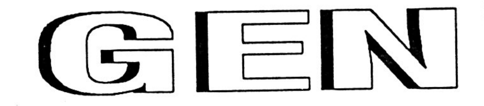
Sozialdemokrat in rechtsextremem Verlag

Der frühere Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsident und SPD-Rechtsexperte (so der "Spiegel") **Rudolf Wassermann** hat jetzt im MUT-Verlag des ehemaligen NPD-Aktivisten **Wintzek** ein Buch veröffentlicht unter dem Titel "Ein epochaler Umbruch. Probleme der Wiedervereinigung". Zu dem Thema "randalierende" Friedensdemonstranten vermerkt er, Pöbel bleibe Pöbel. Er plädiert für einen starken Staat: Dem Terror und der Intoleranz von rechts und links dürfe nicht die Freiheit gelassen werden, die Freiheit zu zerstören.

Wo er hier die Grenzen setzt, dürfte angesichts des Verlages, in dem sein Buch erschienen ist, eindeutig sein.

Verbindungen

Die Hausdurchsuchung Anfang Januar bei dem österreichischen Neonazi und selbsternannten Kühnen-Nachfolger **Gottfried Küssel** soll umfangreiche Hinweise auf Verbindungen der rechtsextremen Szene ins Ausland bzw. zu deren Financiers zu Tage gefördert haben. Mit Küssel, in dessen Wohnung neben Propagandamaterial auch Sprengstoff gefunden wurde, wurde auch der aus Niedersachsen stammende **Klaus-Peter Kopanski** verhaftet.



Deutsche Alternative

Nach Meldungen des neurechten Informationsdienstes "DESG-inform" soll die militante "Deutsche Alternative" derzeit 700 Mitglieder zählen. Damit stellt sie ein nicht unbeträchtliches Gewalt- und Gefahrenpotential für Demokraten dar. Zu befürchten ist, daß sich andere Gruppen der militanten Neonazis, zu denen schon jetzt Kontakte bestehen, der DA anschließen.

Raimund Hethey

Umweltschutz zwischen Konservatismus und Neofaschismus

In schlechter Gesellschaft

Seit Mitte der achtziger Jahre ist über Buchwald als "kompetenten" Kenner der Nordsee ein Streit entbrannt, der nicht so recht zu seinem Ende kommen will. Für die einen ist Buchwald der altehrwürdige Experte mit wissenschaftlichem Background schlechthin, für die anderen ist er der "Vordenker der Ökologie von rechts". Sein Expertentum als Nordsee-Gutachter bescherte Buchwald lukrative Aufträge von der Bundesregierung oder den ostfriesischen Inselgemeinden, das Engagement bei der "Neuen Rechten" führte zu Ausladungen bei der "Aktionskonferenz Nordsee" 1987 sowie bei einer Tagung der Grünen. Unser Autor Raimund Hethey ist Mitherausgeber des kürzlich erschienenen Buches "In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservatismus und Neofaschismus" und stellt hier einen Ausschnitt seiner Untersuchungen vor.

Der 1914 in Jena geborene **Konrad Buchwald** ist emeritierter Professor für Landschaftsökologie, Landesplanung und Naturschutz der Universität Hannover. Sein Einsatz für ökologische Belange hat ihm einige renommierte Posten eingebracht: Mitglied des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen bei der Bundesregierung (1971-1980), ordentliches Mitglied im Deutschen Rat für Landespflege, der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, der Akademie für Städtebau und Landesplanung, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz und Landschaftsökologie (bis 1980), Mitglied im Ältestenrat des Niedersächsischen Heimatbundes. Bis vor kurzem war Buchwald auch niedersächsischer Landesvorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND).

Solchen fachlichen Berufungen stehen die politischen Mandate gegenüber. Als Jugendlicher in der "Deutschen Freischar" engagiert und dann von der "Schwarzen Front" des Faschisten **Otto Strasser** beeinflußt, organisierte sich Buchwald nach 1945 beim Südtiroler Kulturwerk, der burschenschaftlichen Hochschulgilde, der Gesellschaft für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland, als stellvertretender Vorsitzender bei der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) um Herbert Gruhl und der 1986 bei den Landtagswahlen in Niedersachsen erfolglos kandidierenden Partei "Die Weissen - Unabhängige Liste für Niedersachsen", einer national-revolutionär beeinflußten Gruppierung. Neben Sachbüchern zur Landschaftspflege, die ihm immer auch "Volkspflege" ist, verfaßte Buchwald Artikel für Zeitschriften der "Neuen Rechten" wie WIR SELBST und NEUE ZEIT. Der ÖDP schrieb er Teile ihres Parteiprogramms.

Volkstumsideologie

Buchwald ist ein gewiefter Verfechter der Volkstumsideologie. Unter dem Mantel der "Wertfreiheit der Wissenschaft" verkauft er seine durchaus nicht "unpolitischen Betrachtungen" (Th. Mann). Ausgehend vom Individuum, dessen Persönlichkeitsentwicklung von der Verankerung in der "Heimat" abhängt, und einem Ideal von Landschaft ("Region") entwickelt Buchwald seinen Traum von einem großdeutschen Reich, der nichts offen läßt und alle "Deutschen" der Welt vereinigt: "Als Auslandsdeutsche bezeichnen wir die Menschen unseres Volkes, die außerhalb der mehrheitlich deutschen Staaten - BRD, DDR, Österreich, Liechtenstein, Luxemburg und Schweiz - dauernd als Bürger eines anderen Staates in einer sprachlichen Minderheitensituation leben."

Das Deutschlandbild Buchwalds zeigt die Optionen an, die im "neurechten" Lager tatsächlich vorhanden sind. Er muß sogar als Multiplikator solcher völkischen Ideen über den neofaschistischen Bereich hinaus angesehen werden. Obwohl seine Stilmittel relativ einfach zu durchschauen sind, haben aufgeklärte Menschen Probleme damit, Buchwalds Ideologieproduktion als reaktionär neofaschistisches Gedankengut zu erkennen und auch so zu benennen.



Immer wieder versucht Buchwald mit Schrekkensvisionen das Interesse seiner Adressaten zu erwecken. Das gelingt ihm um so mehr, je näher er an den berechtigten Ängsten der Menschen operiert.

Die Sorge um die Zerstörung der Umwelt ist aber nicht die Erfindung von Konrad Buchwald. Bei ihm sind die "Heimat", die "Region" (Landschaft) und das Volk (die deutsche Nation) gefährdet, und für deren Erhaltung setzt er sich seit Jahrzehnten ein. Bevorzugte Landschaften sind die Heide und die Nordsee, die für ihn Ökosysteme darstellen, in denen Lebensgemeinschaften nach ganz bestimmten, von Buchwald angenommenen Gesetzen leben. Bedroht sind Lebensgemeinschaften für ihn unter anderem durch Überpopulation. Auf Deutschland bezogen argumentiert er dagegen, daß die BRD ein Einwanderungsland sei. Geschickt verknüpft er das Problem der Lehrerarbeitslosigkeit mit dem Schicksal von Asylbewerbern.

"Was ist das für ein Staat, der für Wirtschaftsasylanten das Vielfache dessen ausgeben (Original-Formulierung!), das er für die ethnische Erhaltung und kulturelle Förderung der im Ausland beheimateten deutschen Volksgruppen bereitstellt? Wie ist es möglich, daß u.a. die Stadt Kiel für die Unterbringung und Versorgung der 9.000 Personen, die auf die Erledigung ihrer Asylansuchen warten, jährlich rund zehn Millionen Mark aufwendet, aber dringend benötigte Deutschlehrer für Schulen deutscher Siedlungsgebiete trotz des Überangebotes arbeitsloser Lehrer in der BRD weder gefunden noch bezahlt werden können? Müssen hier die Prioritäten nicht endlich neu durchdacht werden?"

Die Geschichte der Menschheit ist ihm im wesentlichen Naturgeschichte. Klassenkämpfe, Kriege um Hegemonie, um Herrschaftsansprüche kommen bei Konrad Buchwald nicht vor. Seine Horrorvisionen unterstützen die Kritik am status quo. Weiterführende Gesellschaftsentwürfe für die Zukunft in Form konkreter Utopien sucht man beim ihm vergeblich. Deutlich wird nur, daß er autoritäre Herrschaftsstrukturen bevorzugt, wobei sein Blick stets rückwärts gewandt ist. Die Traditionen, in die er seine Begriffe und auch politische Handlungen stellt, machen das besonders deutlich.

Von den Gegnern der Atomkraftindustrie etwa behauptet Buchwald, daß sie sich die Verteidigung der "Heimat" auf ihre Fahnen geschrieben hätten. Er entledigt die Protestbewegung ihrer gesellschaftskritischen Positionen und deutet den Kampf gegen Kapitalinteressen in seinem Sinne um. Die Demonstrationen von Wyhl, Gorleben und Hannover gegen die Atompolitik der Bundes- und jeweiligen Landesregierung habe, so Buchwald, "ein kräftiger Hauch von Hohem Meiss-

ner und Hambacher Fest" durchzogen, der nicht verhindert habe, daß "dieses neue(!) Bewußtsein skeptisch geworden (ist) gegenüber einem rein quantitativen Wirtschaftswachstum, mehr und mehr interessiert (ist) an der Erhaltung gewachsener Strukturen und das offenbar auch dann, wenn damit gewisse Abstriche vom ökonomischen Lebensstandard verbunden sind". Der Nationalismus deutscher Burschenschaftler aus dem 19. Jahrhundert, der Kampf des Bürgertums um die Macht und das Nostalgietreffen auf dem Hohen Meissner 1913, das an die Völkerschlacht von Leipzig erinnern sollte, werden von Buchwald mit den Protestbewegungen der siebziger und achtziger Jahre in Zusammenhang gebracht und Traditionslinien gezogen, die die Inhalte der Anti-AKW-Kämpfe auf den Kopf stellen. Der antikapitalistischen Skepsis wird das Festhalten an gewachsenen Strukturen gegenübergestellt, ohne daß erklärt wird, wie diese Strukturen entstanden sind, welche Kämpfe, Siege und Niederlagen sich dahinter verbergen.

Öko-Diktatur?

Konkreter wird Buchwald in seiner Argumentation gegen den Liberalismus. "Da ist der liberale Freiheitsgedanke, eng verbunden mit den Gedanken des Fortschritts. (...) Freiheit heißt, mit anderen Worten, sein Leben in eigener Verantwortung führen zu können. Freiheit kann aber immer nur eine relative sein, d.h. sich innerhalb von Grenzen bewegen, die ethische Normen setzen. Diese Grenzen werden in liberalen Phasen der Völker geweitet, in konservativen Phasen enger gezogen sein. Krisen und Notzeiten verlangen Einschränkungen der Freiheit". In der von ihm postulierten ökologisch orientierten Gesellschaft müsse, so Buchwald, Freiheit etwas "konträr anderes sein als in der liberalen Phase". Die universalistischen Prinzipien des Liberalismus werden völkisch verbrämt und im Sinne einer Gegenaufklärung mystifiziert, Freiheit in die Definitionsmacht von Öko-Experten gestellt. So kann unter dem Deckmantel der Verhinderung ökologischer Katastrophen wieder klammheimlich eine Diktatur errichtet werden, in der einzelne darüber verfügen und bestimmen, wer z.B. "Deutscher" sein darf und wer nicht.

Eine abwegige Überinterpretation Buchwaldschen Gedankenguts? In der Frankfurter Rundschau erschien am 3.2.1984 eine Anzeige, die von dem "Nationalrevolutionär" **Sven Thomas Frank** verantwortet und auch von Konrad Buchwald mit seiner Unterschrift unterstützt wurde: "Den Frieden retten - Deutschland vereinen!" Die Wirkung solcher Anzeigen und die Absicht, die sich dahinter verbirgt, verdeutlicht das Engagement des NPD-Funktionärs **Hans-Michael Fiedler** aus Göttingen. Der formulierte in einer Einladung der Hochschulgruppe Pommern zum 4. Deutschlandpolitischen Forum am 8.2.1984: "Trotz 'modischer' Antifa-Anklänge stellt der Text doch eine sehr wichtige nationalpolitische Aussage dar, die auch zu einer Aufweichung in der diffusen 'Friedensbewegung' und bei nonkonformistischen 'Linken' führen kann. Auf jeden Fall wird nationalistische Politik in einen Bereich eingeführt, dem sie bisher verschlossen war. Die anomale Lage unseres Volkes wird so auch bisher linientreuen Nachbetern der linksliberalen Umerziehung verdeutlicht". Neben nationalneutralistischen Forderungen werden in dem Anzeigentext Thesen formuliert, die den Faschismus verharmlosen, die Verfolgten und Ermordeten aus der Geschichte eliminieren und die Täter zu den eigentlichen Opfern stilisieren: "In diesem Jahrhundert haben wir Deutschen zwei Katastrophen halbwegs überstanden. Das kann aber kein Grund zum Übermut sein, um nun verträumt in eine dritte Katastrophe hineinzurutschen. Sie wäre mit ziemlicher Sicherheit unsere letzte." Die Friedensbewegung hat sich durch diese Art von Katastrophenszenarios tatsächlich "aufweichen" lassen. Der vermutete Krieg hat, wie alle inzwischen zur Kenntnis nehmen mußten, nicht auf "deutschem" Boden stattgefunden. Dafür sind nationalistische Töne in allen politischen Lagern nun deutlicher zu hören.

Konrad Buchwald repräsentiert die Fraktion der Ideologieträger, die völkische und rassistische Argumentationen in der Öffentlichkeit und im Wissenschaftsbereich salonfähig gemacht haben. Denen nichts an der Emanzipation von Menschen liegt, sondern die eine Herrschaft von Menschen über Menschen durch ethische Grundsätze festschreiben wollen. Diese Versuche, faschistoide Elemente als natürliche Grundlage einer modernen Gesellschaft einzufordern, werden nicht nur von den sogenannten "Stiefelfaschisten" vom Schlage des kürzlich verstorbenen **Michael Kühnen** und seiner Nachfolger, sondern auch im Umkreis so seriöser Organisationen wie dem BUND gestartet. Ein Beispiel dafür bietet der in der (trotz wissenschaftlich aufgeputzter Fassade immer noch) neo-faschistischen Zeitschrift MUT veröffentlichte Beitrag "Landschaft - Gestaltete Heimat der Menschen" von **Bernd Kleinhans** aus dem Jahre 1990, der ähnlich wie Buchwald an dem Begriff "Heimat" ansetzt und deren massiven Schutz fordert. Kleinhans ist BUND-Mitarbeiter und ebenfalls Autor eines Nordsee-Buches. Auffällig an Kleinhans' Beitrag ist die heftige Kritik an der ehemaligen DDR und der massiven Landschaftszerstörung unter der Herrschaft des sogenannten "realen Sozialismus" bei gleichzeitigem Verzicht auf Kritik an gleichen (oder schlimmeren) Erscheinungsformen in der Umweltpolitik in kapitalistisch organisierten Ländern. Vom Westen aus wird das "Modell Deutschland" entwickelt, dem sich nicht nur die neuen Bundesländer unterzuordnen haben, sondern auch die anderen Staaten in Europa.

Die Wahlverwandtschaften in bester Gesellschaft bilden das Kontinuum des Faschismus, sind für das Fortleben des Faschismus in der Demokratie, wie Theodor W. Adorno es einmal formulierte, verantwortlich zu machen - und nicht die gröhlenden, glatzköpfigen Jugendlichen, die als Mittler einer Ideologie des Schreckens machtlos bleiben.

MELDUNGEN

Weiterer Sammlungsversuch?

Mehrere Kleinstorganisationen, u.a. der "Arbeitskreis Unabhängiger Deutscher", "Einheit jetzt" und "Die Demokraten" scheinen mit gemeinsamen Veranstaltungen Grundlagen für eine Zusammenarbeit legen zu wollen. Unter dem Thema "Der Weg in die politische Zukunft ist möglich: Eigenständig bleiben, aber gemeinsames Handeln" führten die in Glückstadt ansässigen "Demokraten" in Bünde/Westfalen eine Veranstaltung durch. Bei ihren Veranstaltungen greifen auch die Kleinstparteien gern auf bewärte "Kameraden" zurück. Bei einer ähnlichen Veranstaltung am 11. November 91 in Stuttgart sorgte der "nationale Liedermacher" **Frank Rennicke**, der auch bei Veranstaltungen der Gefangenenhilfsorganisation der militanten Rechten, HNG, oder beim Bundeskongreß der Jungen Nationaldemokraten auftritt, für das kulturelle Rahmenprogramm.

JN in der Krise

Ein Rückgang der Mitgliederzahlen (lt. Bundesinnenministerium von 900 auf 800) und interne Auseinandersetzungen mit der Mutterpartei haben bei den "Jungen Nationaldemokraten" zu einer Krise und einer Lähmung einzelner Landesverbände geführt. Selbst zentrale Aktionen scheitern mittlerweile an der Unfähigkeit der Funktionäre.

So hatte der niedersächsische JN-Landesvorsitzende **Holger Apfel** für den 11. Januar zu einem Landeskongreß nach Braunschweig eingeladen. Auftakt für den Kongreß sollte eine "Landesaktion mit Informationsstand und Kundgebung" in der Braunschweiger Innenstadt sein. Angekündigt als Redner waren **Waldemar Mayer**, **Jürgen Döhr** und **Fritz Ulrich Bundt**.

Doch nur wenige JN-Aktivisten (ca. 25 vorwiegend männliche Jugendliche) folgten dem Aufruf. Allerdings nicht die Anzahl der Teilnehmer schien den Rechtsextremen, von denen einige im trauten Kreis über die "Verteidigung" des Polacek-Hauses in Mackerode prahlten, zu enttäuschen. Vielmehr das Fernbleiben der Funktionäre und der angekündigten Kundgebungs-Redner (außer dem altbekannten Schläger Bundt) machten die Wartezeit auf dem Braunschweiger Burgplatz, eingeschlossen von ca. 200 AntifaschistInnen für die landesweit angereisten JN'ler zu einem "traurigen Erlebnis". Sie mußten neben der Kälte auch den Spott der GegendemonstratInnen über sich ergehen lassen. Und als dann in einem Aktivitätsschub versucht wurde, ein mitgebrachtes Transparent zu entrollen, beschlagnahmte es auch noch die anwesende Polizei. Nach ca. drei Stunden trollten sich die Jung-NPL'er weitgehend unbehelligt zu einem außerhalb gelegenen Versammlungslokal. Die Auswertung der Auftaktveranstaltung dürfte jedoch kaum zu einer "kameradschaftlichen Diskussion" beigetragen haben.

Sönke Braasch

Ernst Achenbach

Am 2.Dezember 1991 starb in Essen der 82jährige Dr. Ernst Achenbach. Während der Besetzung Frankreichs zeichnete Achenbach als Gesandtschaftsrat der Deutschen Botschaft in Paris für die Judendeportation verantwortlich. Zu Beginn der 50er Jahre war der promovierte Jurist Achenbach spiritus rector einer Öffnung der FDP nach rechts zum "Krypto-Nazismus" (Jörg Friedrich) hin.



1946 eröffnete Achenbach nach seiner Flucht aus der Kriegsgefangenschaft eine Kanzlei in Essen. Vor dem Nürnberger Militärgerichtshof verteidigte der Rechtsanwalt Angeklagte der IG Farben. 1950 für die FDP in den Landtag von Nordrhein-Westfalen gewählt und Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses der FDP, nahm Achenbach am 26.August 1950 persönlich Kontakt mit Dr. **Werner Naumann**, dem einstigen Staatssekretär **Goebbels**', auf. Naumann, 1928 in die NSDAP eingetreten (Nr.101.399) und am 20.April 1943 zum SS-Brigadeführer (SS-Nr.1.607) avanciert, war Kopf der Gauleiterverschwörung Anfang der 50er Jahre. Naumann notierte nach der Unterredung mit Achenbach in sein Tagebuch: "Um den Nationalsozialisten trotzdem einen Einfluß auf das Geschehen zu ermöglichen, sollen sie in die FDP eintreten, sie unterwandern und ihre Führung in die Hand nehmen."

Die Gauleiterverschwörung, einige daran beteiligte ehemalige Gauleiter verhalfen dieser Konspiration alter Nazis zu ihrem Namen, hatte eine Unterwanderung verschiedener Parteien und die langfristige Abschaffung der parlamentarischen Demokratie zum Ziel. Es galt möglichst viele ehemalige Kader der NSDAP, HJ und SS in den auf Bundes- und Länderebene mitregierenden Parteien "Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE), "Deutsche Partei" (DP) und FDP zu plazieren.

Besonders erfolgreich war die Unterwanderung der FDP in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Neben dem einstigen Botschaftsangehörigen in Paris, hier war Achenbach Leiter der Politischen Abteilung und somit verantwortlich für Judenfragen, spielte der ehemalige SS-Standartenführer (SS-Nr.276.826) und Mitarbeiter der Abteilung VII ("Judenreferat") im Propaganda-Ministerium, **Wolfgang Diewerge** (er wurde Beauftragter für die Rednerschulung in allen FDP-Landesverbände) eine zentrale Rolle bei der Besetzung von Schlüsselpositionen mit Alten Kameraden innerhalb der nordrhein-westfälischen FDP. Kontakt unterhielt der Naumann-Kreis auch zum ehemaligen HJ-Hauptbannführer und SS-Freiwilligen **Siegfried Zoglmann** (78), damals Chefredakteur der "Deutschen Zukunft", einer ultrarechten FDP-Publikation und Gründungsmitglied des revanchistischen "Witikobundes". Zunächst führendes Mitglied im BHE, später FDP-Bundestagsabgeordneter und parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion, verließ Zoglmann 1970 die FDP in Richtung CSU und wurde vorübergehend Vorsitzender der "National-Liberalen Aktion" (NLA); zum Landesgeschäftsführer der FDP **Wolfgang Döring**; zum parlamentarischen Geschäftsführer und Ex-HJ-Funktionär **Wilke**; zum Herausgeber der "Deutschen Zukunft" **Carl Albert Drewitz**, der im Propagandaministerium für die Parteipresse zuständig war; zum Landesvorsitzenden **Friedrich Middelhauve** (er wurde stellvertretender Ministerpräsident) sowie zum Mitglied der "Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger e.V." (OdR) und späteren FDP-Bundesvorsitzenden Dr. **Erich Mende** (75), der ebenfalls 1970 von der FDP zur CSU wechselte.

In Niedersachsen stand der ehemalige Oberbürgermeister von Katowice, dem vormaligen Kattowitz, Dr. **Artur Stegner**, der FDP vor. Der letzte Adjutant von Goebbels, SS-Hauptsturmführer **Günther Schwägermann**, **Horst Huisgen**, ehemaliger HJ-Gebietsführer in Schlesien, Gauamtsleiter sowie Reichstagsabgeordneter und inzwischen Landesgeschäftsführer der FDP, die Ex-HJ-Bannführer **Herbert Freiberger** (schloß sich 1955 der DRP an und wurde deren niedersächsischer Landesvorsitzender) und **Brinkmann**, das DRP-MdB Dr. **Herwart Mießner** (Hospitant der FDP-Bundestagsfraktion), **Lothar Kühne**, Mitglied der NSDAP seit 1931 und späterer Funktionär der SS und des SD (Kühne wurde später Landesvorsitzender der NPD in Niedersachsen), ein stellvertretender Gauleiter, Gauamtsleiter, Kreisleiter und höhere Dienstgrade der SS bestimmten die Politik der niedersächsischen FDP. Reinhard Opitz charakterisierte die Landespartei als "geradezu hermetisch abgeschottetes Eldorado zielbewußt arbeitender Ex-Nationalsozialisten und Naumann-Kooperateure".

Achenbach unterhielt in Essen auch ein Büro für eine Generalamnestie. Tätig waren dort beispielsweise der frühere Reichskommissar für Dänemark, dortselbst ursprünglich zum Tode verurteilt, Dr. **Werner Best**, NSDAP-Mitglied seit dem 1.November 1930 (Nr.341.338) und zuletzt im Rang eines SS-Obergruppenführer (SS-Nr.23.377), sowie der vormalige SS-Brigadeführer (SS-Nr.107.480) Professor Dr. **Franz Alfred Six**, der ebenfalls 1930 Mitglied der NSDAP (Nr.245.670) wurde. Six, ein "Nazi von wandelbarer Gestalt" (Klarsfeld), war im SD-Hauptamt beschäftigt, ehe er 1941 das "Vorkommando Moskau" der Einsatzgruppe B befehligte, um danach das Amt VII (Weltanschauung) im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) zu übernehmen. Im November 1952 bemühte sich Achenbach in Absprache mit Naumann um eine Einreisegenehmigung für den "Mussolini-Befreier" SS-Obersturmbannführer **Otto Skorzeny** (SS-Nr.295.979).

In der Nacht vom 14. auf den 15.Januar 1953 ließ der Britische Hohe Kommissar, Sir Ivone Kirkpatrick, die Rädelsführer der Gauleiterverschwörung verhaften: Neben Dr. Werner Naumann den früheren Reichsstudentenführer und Gauleiter von Salzburg, SS-Obergruppenführer (SS-Nr.107.189) Dr. **Gustav Adolf Scheel**; die Nummer Drei des Naumann-Kreises, den einstigen SS-Brigadeführer (SS-Nr.276.856) und Beamten in der Wirtschafts- und Verwaltungsabteilung der SS, **Paul Zimmermann**; den ehemaligen Reichsrundfunk-Kommentator Dr. **Karl Scharping**; den Ex-Organisationsleiter des NS-Studentenbundes Hamburg, Dr.med. **Heinrich Haselmayer**; den vormaligen Landrat **Heinz Siepen** und am darauffolgenden Tag den ehemaligen Gauleiter und Reichsstatthalter von Hamburg, SS-Obergruppenführer (SS-Nr.119.495) und "Alten Kämpfer" (NSDAP-Nr.95), **Karl Kaufmann**.

Der Bundesverband der FDP setzte eine Kommission unter Führung des Bundesjustizminister Thomas Dehler ein. Entgegen der expliziten Forderung, Achenbach aus der Partei auszuschließen (Achenbach habe "nach seiner Grundhaltung niemals zu uns gehört. Sein Ausscheiden aus der FDP ist unabweislich."), verblieb dieser in der FDP. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen lehnte einen Ausschluß Achenbachs ab. Infolge der Wahl zum Dritten Bundestag 1957 (7,7%) zog Ernst Achenbach in das Bonner Parlament ein. Dort vertrat er bis 1976 die FDP. Vom 16.10.1962 bis zum 19.01.1977 war Achenbach Mitglied des Europäischen Parlaments.

Achenbach überlebte den Fund der "Kartei der Schande", eine Kartei, in der die Juden der Region Paris registriert waren, im November 1991 nur um wenige Tage. Bereits am 29.Februar 1941 wurde der damalige Gesandtschaftsrat Achenbach bei einer Besprechung in der Deutschen Botschaft in Paris mit dieser Kartei, eine wichtige organisatorische Voraussetzung zur Judendeportation, konfrontiert. SS-Obersturmführer **Theodor Dannecker**, ein Vertrauter **Adolf Eichmanns** (SS-Nr.45.326) und einstiger Student von Professor Dr. Franz Six, referierte vor dem Botschafter **Otto Abetz**, Ernst Achenbach, und Legationsrat SS-Sturmbannführer Dr. **Carltheo Zeitschel** über die Judenfrage. Im August 1944 unter ungeklärten Umständen verschwunden, entdeckte Serge Klarsfeld die "Kartei der Schande" in den Aktenkellern des Staatssekretariats für Kriegsveteranen und -hinterbliebene.

Literatur:

Antifaschismus-Kommission des KB "Braunzone zwischen CDU/CSU und Neonazis", Hamburg 1981

Jörg Friedrich "Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik", Frankfurt am Main 1985

Kurt Hirsch "Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945", München 1989

Serge Klarsfeld "Vichy-Auschwitz. Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der >Endlösung der Judenfrage< in Frankreich", Nördlingen 1989

Julius Mader "Die graue Hand. Eine Abrechnung mit dem Bonner Geheimdienst", Berlin (Ost) o.J.

Nationalrat der Nationalen Front "Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik", Berlin (Ost) 1965

Reinhard Opitz "Faschismus und Neofaschismus", Band 2 "Neofaschismus in der Bundesrepublik", Köln 1984

David Müller

Neofaschistische Tendenzen in Osteuropa

Auch wenn das Anwachsen von chauvinistischen Strömungen in Osteuropa und der (ehemaligen) Sowjetunion im Westen oft übertrieben wird, ist es unbestreitbar, daß solche Ideologien mehr und mehr AnhängerInnen gewinnen. Diese Tatsache kann weder mit einer abstrakten Totalitarismusthese (jedes totalitäre Regime bringt Faschismus hervor) noch einfach durch die beginnenden Rekapitalisierung erklärt werden. Notwendig ist eine konkrete Analyse der Gesellschaften und politischen Prozesse, in denen die entsprechenden Gruppen entstehen.

Wenn hierzulande über den "verordneten Internationalismus" in den osteuropäischen Staaten lamentiert wird, so trifft das in keiner Weise den Kern der dort herrschenden Ideologien vor dem Zusammenbruch des Stalinismus. Dieser lag vielmehr in der Theorie vom Sozialismus in einem Lande. Dort herrschte keine von allen Klassen und Schichten abgehobene Partei, die der Bevölkerung marxistische Ideologie verordnete. Vielmehr hatte sich in den zwanziger Jahren in der Sowjetunion auf der Grundlage einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsweise eine herrschende soziale Schicht, eine Bürokratie, herausgebildet, die nicht nur die alte Partei in der Zeit der Moskauer Prozesse brutal zerschlagen hat, sondern die sich auch eine neue Ideologie geschaffen hat. Kernthesen dieser Ideologie waren der "Sozialismus in einem Land" und die These der "sozialistischen Familie". Beides keine "totalitären marxistischen" Konzepte, sondern simple Anleihen an reaktionäres bürgerliches Gedankengut. Beide Thesen dienten dem Herrschaftserhalt: Der Sozialismus in einem Land richtete sich gegen internationalistische Konzepte und sozialistische "Konkurrenzprojekte" in anderen Ländern, die der Bevölkerung in der SU (Osteuropa, China, Albanien usw.) hätten zeigen können, daß Sozialismus auch anders möglich ist. Die Familie diente, wie auch in bürgerlichen Gesellschaften als Schule für Unterordnung und Anpassung. Zusammen mit der Unterdrückung demokratischer Rechte brachten diese Gesellschaften so Untertanengeist und autoritäres Denken immer wieder hervor. Wenn es 1972 in einer Grußadresse von Vertretern der Streitkräfte an den Obersten Sowjet hieß: "Unser Heldenvolk, Reckenvolk, kann sicher sein, daß die Sowjetsoldaten immer auf Wacht stehen", zeigt sich, daß schon hier nationalistische und chauvinistische Ideen propagiert wurden. Chauvinismus wurde als Mittel gegen emanzipatorische Bestrebungen eingesetzt: die jüdische Herkunft von Mitgliedern der linken Opposition in der UdSSR (Radek, Trotzki) wurde schon in den 20er Jahren zum Ziel stalinistischer Propaganda, in den siebziger Jahren wurde von Seiten der polnischen Bürokratie der Antisemitismus gegen den damals linken Jacek Kuron mobilisiert und das Neue Deutschland kochte 1980/81 sein antipolnisches Süppchen gegen die Streiks von Solidarnosc und der aufkommenden polnischen Rätebewegung. Je mehr diese Regi-

Den nachfolgenden Artikel von John Rayburn und Tom Dunn übernahmen wir leicht gekürzt aus der in den Niederlanden erscheinenden Zeitung "Germany Alert" vom 5.12.1992

Deutsche Faschisten sind "Freunde und Ratgeber"

Auch Kroatiens Präsident Tudjman bekam kürzlich Besuch

(Kiew) Direkt nach der Unabhängigkeitserklärung der Ukraine kam heraus, daß führende deutsche Nazis als Ratgeber der Kiewer Regierung fungieren. Dies geschieht von der Präsidenten-Ebene bis hinunter in die kommunale Politik. Mitglieder der deutschen pro-nationalsozialistischen Parteien NPD und Republikaner "beraten" die Ukrainer hinsichtlich "wichtiger Fragen innerer Sicherheit und anderen Angelegenheiten". Dies wurde aus einer Regierungsquelle ... bekannt. Es wurde bestätigt, daß "Freunde und Ratgeber" der Republikaner seit Wochen und Monaten mit ukrainischen Persönlichkeiten zusammenarbeiten. GERMANY ALERT erfuhr erstmalig am Dienstag von der deutschen Nazi-Verbindung durch einen Bericht der BBC aus Kiew.

Der Bericht zeigte eine Sitzung, anläßlich derer der ukrainische Präsident **Leonid Kravchuk** bekanntgab, daß acht von zehn Wählern ihre Stimme für die Unabhängigkeit von der Sowjetunion abgegeben hatten.

Unter den Personen, die diese Bekanntmachung begrüßten, war **Franz Schönhuber**, Führer von Deutschlands neo-nationalsozialistischer Partei, der Republikaner. Schönhuber war Offizier in Adolf Hitlers persönlicher SS-Leibwache. Seine Partei, die mit Antisemitismus in Verbindung gebracht wird und zum Rassenhaß aufstachelt, ist im vereinigten Deutschland legal.

Zuverlässige Quellen aus Deutschland bestätigen früh am Donnerstag die seit September bestehenden "innigen Verbindungen" zwischen Mitgliedern der Republikaner sowie der NPD und der ukrainischen Regierung. "Beide Parteien schickten zahlreiche Vertreter auf legaler Basis nach Kiew", sagte ein Beobachter. Mitglieder einer NPD-Ortsgruppe aus dem deutschen Bundesstaat Hessen beschäftigten sich aktiv mit der Organisation der Politik auf kommunaler Ebene, fuhr er fort. Zuverlässige Beobachter sagten weiterhin, Schönhuber, der Chef der französischen Nationalen Front, **Le Pen**, sowie ein dritter Mann, **Emil Schlee**, seien vor kurzem in Zagreb zu geheimen Gesprächen vom kroatischen Präsidenten **Franjo Tudjman** empfangen worden. Ein Kamera-Team des Fernsehens, welches versuchte, dieses Treffen zu filmen, wurde durch die kroatische Geheimpolizei massiv daran gehindert.

In Bonn führte unterdessen Kanzler Helmut Kohl Deutschlands Alleingang zur Anerkennung der antisemitischen Regierung Kroatiens fort. Kohl blockierte alle jugoslawischen Flugzeuge, Schiffe und Lastwagen, sofern sie nicht aus Kroatien oder Slowenien stammten.

mes in die Krise gerieten, desto weniger sprachen sie vom Sozialismus. So finden sich nach 1981 in der Presse und den Verlautbarungen der polnischen KP nicht einmal mehr rhetorische Bezüge auf diesen, sondern nur noch Erklärungen für die Einheit und Stärke Polens.

Das offene Auftreten nationalistischer und chauvinistischer Massenströmungen in den osteuropäischen Ländern und den Republiken der ehemaligen UdSSR hat aber auch aktuelle Gründe. Die Herrschenden in diesen Ländern, die entweder aus dem gemäßigten Flügel der antibürokratischen Bewegungen kommen (Walesa, Havel) und sich auf den alten Machtapparat stützen oder selber Kinder der Bürokratie sind (Jelzin) setzen im Zeichen der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und sozialen Differenzierung auf die Propagierung des "einen Volkes". In Rußland wird dabei nahtlos an die großrussischen Traditionen vom Zaren bis Breschnew angeknüpft. In den anderen Republiken ist die Situation komplizierter. Die Herrschenden setzen auf den Nationalismus aus den oben beschriebenen Gründen, während bei der normalen Bevölkerung die jahrzehntelange bürokratische Unterdrückung oft als rein nationale Unterdrückung durch "die Russen" wahrgenommen wird, weil bestimmte Republiken früher einfach okkupiert worden waren. Doch die korrekte Gegenwehr gegen den großrussischen Chauvinismus schlägt z.B. im Baltikum in Chauvinismus um, wenn die dort lebende russische Minderheit angegriffen wird. Dies ist umso schlimmer, als viele RussInnen in diesen Republiken den Kampf für die Unabhängigkeit und für demokratische Rechte unterstützt haben...

Doch für das Entstehen nationalistischer und chauvinistischer Massenströmungen, an deren rechtem Rand sich die faschistischen Gruppen befinden, gibt es noch einen anderen Grund. Sozialistische oder zumindest solidarische Alternativen sind in diesen Ländern immer wieder unterdrückt worden. Dies reicht vom Ungarnaufstand (der in seiner übergroßen Mehrheit sozialistisch geprägt war) über den Prager Frühling bis hin zu Solidarnosc 1980-81 und der polnischen Rätebewegung ab Mitte 1981. Wenn die Gesellschaft selber immer wieder Chauvinismus und Untertanengeist hervorbringt, wäre eine unabhängige Kraft notwendig, die sich diesem entgegenstellt. Aber gerade diese Kräfte sind immer wieder unterdrückt worden. Dieser Druck hat entweder zur Auflösung geführt (der ehemals relativ starke radikale Flügel dieser Bewegungen ist heute extrem schwach) oder zu einer politischen Rechtswende (Solidarnosc-Führung um Walesa).

Es ist wichtig, zwischen nationalistischen und chauvinistischen Strömungen auf der einen und faschistischen Organisationen auf der anderen Seite zu unterscheiden. Das größte Problem in Osteuropa sind die nationalistischen und chauvinistischen Massenströmungen, wie sie durch eine Anzahl von regierenden Parteien und Politikern vertreten werden (Havel, Walesa, Jelzin, aber auch die KP-Nachfolgeorganisationen wie z.B. in Rumänien). Faschistische Gruppen haben allgemein weniger Zulauf als hierzulande gedacht, könnten sich aber bei der sich verschärfenden Wirtschaftskrise und dem Fehlen einer linken Alternative vergrößern. Ein Beispiel hierfür ist das Anwachsen der kroatischen Ustaschas und der serbischen Tschetniks. Eine Machtübernahme solcher Gruppen wäre etwas sehr anderes als die jetzige Machtübernahme durch bürgerliche Kräfte und hätte auch für die hiesige Linke fatale Folgen. Beispiel Polen In Polen gibt es verschiedenste rechtsradikale und faschistische Gruppen. Die größte Bedeutung haben offen antisemitische und ulatrareaktionäre Gruppen. Eine der wichtigsten ist die noch unter dem stalinistischen Regime gegründete "Patriotische Gesellschaft Grunwald". Diese hatte bis zu einer Viertelmillion Mitglieder. 1981 wurde sie wie alle Verbände unter dem Kriegsrecht verboten, aber schon 1983 wieder ins Vereinsregister aufgenommen. Charakteristisch für diese Vereinigung sind Aussagen wie: "Ordnung in unserem vaterländischen Haus müssen die Polen selbst herstellen, ohne Souffleure von außen und ohne die zionistische Agentur im innern."

Grunwald verfügt über eine Monatszeitung gleichen Namens, die in einer Auflage von 2000 Stück erscheint. Im Gegensatz zu Grunwald ist die "Nationale Wiedergeburt Polens" (NOP) eine reaktionäre katholische Gruppierung, die über mehrere tausend Aktive verfügt. Die NOP setzt sich für einen katholischen Staat des polnischen Volkes ein und ist mit Teilen des Klerus verbunden. Die wichtigste antisemitische und reaktionäre Gruppe ist jedoch die KPN (Komitee Polnischer Nationalisten). Sie knüpft an die Tradition der vor dem Krieg existierenden Nationaldemokraten an. Bei den letzten Parlamentswahlen bekam sie 7,5%. Darüberhinaus gibt es auch faschistische Terrorgruppen. Diese sind weder Schöpfungen des alten Regimes, noch knüpfen sie an katholische Traditionen an. Sie stellen, wie vergleichbare Gruppen im Westen, eine Mischung aus pseudo-oppositionellen, vermeintlich radikalen Inhalten, faschistischer und antisemitischer Ideologie und äußerster Gewalttätig-

"Europa vorn" aus Kiew

Nicht uneigennützig pflegt die deutsche Rechte Kontakte in die Länder des ehemaligen Warschauer Paktes. Interviews mit führenden PolitikerInnen in den neurechten Gazetten haben in den letzten beiden Jahren den Hauch von Seriösität und Exklusivität vermitteln sollen. Ein Interview beispielsweise mit dem Chefredakteur der Pamjatky Ukrainy, **Anatolij Sjerykow**, (Europa vorn spezial) stellt angesichts der nach eigenen Angaben 100.000 Exemplare zählenden Auflage dieser Zeitschrift eine gehörige Aufwertung rechtsextremer Gazetten dar.

Doch bei der politischen Kontaktpflege bleibt es in Zukunft wohl nicht. Die letzte Nummer der von dem Kölner Ex-REP-Stadtrat **Manfred Rouhs** herausgegebenen "Europa vorn spezial" weist als Druckerei die Pamjatky Uktrainy in Kiew aus.

Auch inhaltlich scheint sich der Kontakt mit den ukrainischen Nationalisten ausgewirkt zu haben. Brechen doch wohlbekannte neurechte Autoren, wie z.B. Michael Walker und Karl Richter eine "Lanze für den Sozialismus". Einen nationalen versteht sich!

Rouhs zieht noch in alter Manier den Sozialdemokraten Haenisch mit einem Zitat von 1914 zur Unterstützung nationalistischer Phrasen aus dem Hut: "Bis dann ... plötzlich die furchtbare Spannung sich löste, bis man wagte, das zu sein, was man doch war, bis man, allen erstarrten Prinzipien und hölzernen Theorien zum Trotz - zum ersten Male (zum ersten Male seit fast einem Jahrhundert wieder!) aus vollem Herzen, mit gutem Gewissen und ohne jede Angst, dadurch zum Verräter zu werden, einstimmen durfte in den brausenden Sturmgesang: Deutschland, Deutschland über Alles."

Der Chefredakteur der "Deutschen Rundschau" und neugekürte Redakteur von "Nation und Europa", **Karl Richter** scheut sich hingegen nicht, deutlicher zu werden, wenn er die Perspektiven Deutschlands bzw. des Ostens beschreibt. Er prophezeit, daß man sich hierzulande des sozialistischen Modells erinnern werde, "wenn die kapitalistischen Erwartungen im Osten unerfüllt geblieben sind" und daß dann das Projekt "Gemeinschaft" in Deutschland neu in Angriff genommen wird". Immerhin seien auch in der Vergangenheit die entscheidenden Anstösse von Deutschen, d.h. von Spengler, Moeller van den Bruck, Niekisch Sombart, Jünger und den Brüdern Strasser ausgegangen. Was Richter vorschwebt ist eine "Solidargemeinschaft in den Grenzen der Nation. Ein Sozialismus mit nationalen Vorzeichen". Ein Sozialismus allerdings, der nicht unbedingt die Demokratie auf ihre Fahenen geschrieben hat: "Das letzte Wort wird nicht der westliche Parlamentaismus haben, mit Korruption, Drogen und Verödung der Seelen, sondern die Gemeinschaft, die ethnische wie die soziale." Denn, so schließt Richter, "der bessere, humanere, effektivere Sozialismus ist womöglich der von rechts - aber was wird dann noch `rechts' sein? -, und international wird er auch nicht mehr sein..."

keit dar. Auch wenn diese Gruppen seit 1989 keine nennenswerten Fortschritte gemacht haben, so sind sie wegen genau dieser politischen Mischung immer noch gefährlich, da sie sich, wie ihre Namen ausdrücken sollen - "Rote Armee Fraktion"(!) und "Revolutionäres Antistalinistisches Komitee" - fortschrittlich geben, im Endeffekt aber die reaktionärste Variante des polnischen Chauvinismus darstellen. Ein wesentlich problematischeres Phänomen, welches in dieser Form in der BRD nicht vorhanden ist, sind antisemitische und chauvinistische Strömungen unter klassenkämpferischen ArbeiterInnen. Diese verfolgen auf der wirtschaftlichen Ebene im Gegensatz zu Organistionen wie der KPN oder den rechtskatholischen Gruppen keine marktwirtschaftliche Orientierung und führen oftmals militante Streiks gegen alte und neue Herren. Gleichzeitig vertreten sie rassistische und antisemitische Positionen. Ein Beispiel hierfür ist der rechte Flügel der Organistion "Solidarnosc 80". Diese Organisation vereint verschiedenste kämpferische Strömungen und ist aktiv an Streiks gegen die Privatisierungen und Auswirkungen der Marktwirtschaft beteiligt. Ihre politische Bandbreite reicht aber von RätesozialistInnen über linke SozialdemokratInnen bis hin zu Antisemiten. Ein hierzulande wohl undenkbares Phänomen. Dennoch ist es für AntifaschistInnen in der BRD wichtig, solche Strömungen, die reaktionäres Bewußtsein mit einer realen und radikalen Praxis gegen soziale Mißstände verbinden, genauer zu untersuchen. Schließlich sind sie das Produkt einer Situation, in der Lohnabhängige dazu gezwungen werden, zu kämpfen und gleichzeitig große ideologische Verwirrung herrscht, die ihren deutlichsten Ausdruck im Fehlen einer wenigstens einigermaßen starken realen linken Alternative findet. Solch eine Situation gibt es nicht nur in Osteuropa, sie kann schon sehr bald in der BRD eintreten. Die ersten Anzeichen gibt es schon...

(David Müller arbeitet als Redakteur bei der in Frankfurt erscheinenden Zeitung "Internationale Pressekorrespondenz").

Urteile gegen Auschwitz-Leugner

In den letzten Monaten wurde die von führenden Neonazis gestartete Offensive zur Entkriminalisierung der faschistischen Verbrechen, besonders des millionenfachen Mordes an Jüdinnen und Juden, von der Justiz mit einer ganzen Reihe von Urteilen geahndet. Im folgenden eine kleine Auswahl:

So wurde der Österreicher **Walter Ochensberger**, Herausgeber der neonazistischen Zeitschrift "Sieg", zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe verurteilt. In der Vergangenheit hatte Ochensberger davon profitiert, daß das Strafmaß für "Wiederbetätigung im nationalsozialistischen Sinne" derartig hoch lag, daß die Geschworenen regelmäßig für Freispruch gestimmt hatten. Ochensberger reklamierte diese Freisprüche regelmäßig als Bestätigung seiner These, daß der Holocaust nicht stattgefunden habe. Eine Folge dieses Sachverhalts ist nun die beabsichtigte Minderung der Mindeststrafmaßes im Österreichischen Strafgesetz.



Auch in der Schweiz mußte einer der rührigsten Geschichtsrevisionisten, Dr. **Max Wahl** aus Winterthur, auf die Anklagebank. Auch die Verteidigung durch des Neonazi-Anwalt **Jürgen Rieger** rettete ihn nicht vor der Verurteilung zu einer Geldstrafe von 19.200 DM.

In der BRD ist der deutsch-kanadische Neonazi **Ernst Zündel** aus dem gleichen Grund vom Amtsgericht München zu einer Geldstrafe in Höhe von 12.600 DM verurteilt. Die Staatsanwaltschaft legte wegen des ihrer Meinung nach zu niedrigen Strafmaßes Berufung gegen das Urteil ein.

In zweiter Instanz wurde der Studienrat i.R. **Ernst Kögel** aus Remscheid wegen der Leugnung von Massenvergasungen zu einer Geldstrafe von 12.500 DM verurteilt. In erster Instanz wurde er im März 1990 freigesprochen. Damals wurde David Irving vom Amtsgericht als Experten-Zeuge zugelassen.

Wegen Veröffentlichungen in den "Leitheften", einer "Zeitschrift für ehemalige Mitglieder der Waffen-SS" mußten sich vor dem Bochumer Landgericht **Friedhelm Kathagen** und **Johann Brandt** verantworten. Die Leithefte verbreiteten Artikel, die in erster Linie den Völkermard an den Juden während des Dritten Reiches leugnen. Kathagen wurde zu einer Freiheitsstrafe von 20 Monaten auf Bewährung und Brandt zu einer Geldstrafe von 8.000 DM verurteilt.

Gegen Dr. **Michael Koll** aus Remagen hat die Staatsanwaltschaft Koblenz Anklage erhoben. Koll wird vorgeworfen, im Juli 1991 "2000 Druckschriften verteilt zu haben, in denen die Existenz von Gaskammern und die Massenvernichtung von Juden in den NS-Konzentrationslagern bestritten wird".

"Schock" für Irving

London. War es nur ein Werbegag? Der rechtsradikale britische Schriftsteller und Historiker sorgte Anfang des Jahres mit der Meldung für Aufsehen, er habe die Memoiren des Kriegsverbrechers **Adolf Eichmann** erworben: Sie seien zwischen 1955 und 1957 in Argentinien entstanden. Dort hatte Eichmann nach dem Zweiten Weltkrieg gelebt, bis er vom israelischen Geheimdienst entführt und 1962 in Israel zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war.

Irving, der bisher mit der These durch die Lande zieht, der Holocaust habe ohne die Kenntnis von **Adolf Hitler** stattgefunden, meinte gegenüber der britischen Zeitung "Observer", nach der Lektüre der Memoiren sei er jetzt bereit, diese Ansicht zu revidieren. Denn in den Unterlagen sei festgehalten, daß Hitler die Vernichtung der Juden persönlich angeordnet habe. Weiter sagte Irving gegenüber dem "Observer", der Fund der Memoiren habe ihm "einen Schock versetzt".

Das Bundesarchiv in Koblenz, dem Irving Teile seines Fundes übergeben hatte, teilte rund eine Woche später mit, die Papiere enthielten nichts neues. Die übergebenen Manuskriptseiten seien identisch mit Teilen des bereits 1980 veröffentlichten Buches "Ich, Adolf Eichmann". Sie seien außerdem inhaltsgleich mit Tonbandabschriften, die seit 1979 dem Bundesarchiv vorliegen.

Die Tonbandaufzeichnungen gehen auf Befragungen Eichmanns in Südamerika durch den Journalisten Wilhelm Sassen van Elsloo zurück. Die insgesamt 16 Bände mit Abschriften von 67 Tonbändern wurden auch im Prozeß gegen Eichmann in Jerusalem vorgelegt. Sie enthalten Korrekturen und Anmerkungen von Eichmanns Hand. Die von Irving vorgelegten Manuskriptseiten seien sprachlich geglättet, einige Namen seien getilgt, der Gesamttext sei neu gegliedert, teilte das Bundesarchiv mit.

Antifaschistinnen jeden Alters haben wiederholt erfahren müssen, wie politische Justiz funktioniert. Häufig genug wurden sie von Polizei und Justiz verfolgt, während sich Nazis jeglicher Couleur schadenfroh die Hände rieben. Grund genug, eine grundlegende Veröffentlichung zu diesem Thema vorzustellen.

Klaus Croissant

Terroristen und Richter

Das dreibändige Gesamtwerk mit seinem schlagwortartigen Titel ist aus einem Forschungsvorhaben zum Thema "Politische Justiz am Beispiel der sogenannten Terroristenprozesse" hervorgegangen, angeregt und gefördert vom Hamburger Institut für Sozialforschung und Jan Philipp Reemtsma.

Im ersten Band Terroristenprozesse berichtet Heinrich Hannover über Erfahrungen und Erkenntnisse eines Strafverteidigers. Rolf Gössner analysiert in Band 2 Das Anti-Terror-System die politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat. Margot Overath hat als Drachenzähne den dritten Band über Gespräche, Dokumente und Recherchen aus der Wirklichkeit der Hochsicherheitsjustiz vorgelegt.

Das Wesen politischer Justiz besteht darin, gerichtsförmige Verfahren politischen Zwekken dienstbar zu machen. Hannover unterscheidet zwei Modelle dieser Justiz: das eine ist für den Freund, das andere für den Feind bestimmt. Sondergesetze und Ausnahmerecht, Isolationshaft und psychologische Kriegsführung gegen Staatsfeinde, allen voran gegen "Terroristen", die traditionellen Schuldausschließungsgründe, mildernde Umstände, Hafterleichterung, Haftverschonung und vorzeitige Haftentlassung für die Staatsfreunde, allen voran für alte und neue Nazis, Rechtsradikale und Rassisten.

Stets konkrete Beispiele zur Hand, zeigt Hannover auf, wie die politische Justiz an der innerstaatlichen Feinderklärung aktiv teilnimmt. Im Freund-Feind-Schema zählen die Mörder derjenigen, die zu Staatsfeinden erklärt werden, zu Freunden. Die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts brauchten die Weimarer Justiz ebensowenig zu fürchten wie die späteren Nazi-Henker in Richterrobe die Richter im sogenannten "freien Teil" Nachkriegsdeutschlands.

Hannover illustriert über zahlreiche berühmt-berüchtigte Gerichtsverfahren, wie diese Freund-Feind-Unterscheidung die politische Justiz der Nachkriegsgeschichte wie ein schwarz-weiß-roter Faden durchzieht. Der Autor legt das Strickmuster bloß, was Prozesse gegen Staatsfeinde von heute mit denen von gestern in jener ungebrochenen Tradition gemein haben, die die politische Justiz von Kaiserreich und Weimarer Zeit mit der Terrorjustiz des Nazi-Regimes und den "Terroristenprozessen" der Gegenwart verbinden.

Weil Hannover nicht bereit ist, die staatliche Freund-Feind-Unterscheidung durch die politische Justiz hinzunehmen, geraten die "Terroristenprozesse" zur fulminanten Anklage eines Strafverteidigers, der zu jener Kategorie gehört, die seine im Stammheimer Hochsicherheitstrakt zu Tode gekommene Mandantin Ulrike Meinhof, "Terroristin" auch sie, als "letzte Verteidiger des Rechtsstaats" bezeichnet hat.

Der Ankläger Hannover läßt nicht davon ab, immer wieder die Tatsache als permanenten Justizskandal anzuprangern, daß Gerichte im vielbeschworenen Rechtsstaat des Grundgesetzes mit zweierlei Maß messen, indem sie alte und neue Nazis oder andere "Staatsterroristen" - wenn überhaupt - allenfalls widerstrebend und mit Samthandschuhen anfassen, während "staatsfeindliche Terroristen" bis zum Exzeß verfolgt, verurteilt und in Isolationshaft gehalten werden.

An dieser Stelle tut sich allerdings ein ins Auge springender Widerspruch zum eigenen Ausgangspunkt des Autors auf. Die jeder Vorstellung von materieller Gerechtigkeit Hohn sprechende Freund-Feind-Unterscheidung wird zwar in Ermittlungsverfahren und Prozessen politischer Natur ständig gehandhabt. Gleichwohl können aber Nazis und andere "Staatsterroristen" in ihrer Eigenschaft als willfährige Instrumente oder verbrecherische Gehilfen eines Staates nicht mit dessen erklärten Gegnern verglichen werden, die mit revolutionärem Anspruch zum Kampf gegen ihn angetreten sind.

Auf den Charakter dieses klassischen politischen Konflikts, der auf Strafverfolgungsorgane und Gerichte übergreift und sich in allen ihren Maßnahmen und Entscheidungen als politische Justiz ausdrückt, ist Hannover leider nicht eingegangen. Sein unermüdliches Plädoyer als "letzter Verteidiger des Rechtsstaats" muß deshalb über weite Strekken hinweg als hilfloser Appell an eine unparteiische richterliche Moral wirken, die es in konfrontativen politischen Prozessen nicht geben kann, weil die Justiz als dritte Gewalt selbst notwendiger Teil des bekämpften Gegners - des bestehenden Gesellschaftssystems und seines Staates - ist.

Die analytischen Schwächen der "Terroristenprozesse" werden durch Rolf Gössner in Band 2 des Gesamtwerks mehr als ausgeglichen. Gössner qualifiziert die BRD als "präventiven Sicherheitsstaat", das von ihr geschaffene Anti-Terror-System" als Kampfinstrument der Widerstandsbekämpfung. Der Rezensent würde hinzufügen, daß die Herrin über das "Anti-Terror-System", die BRD, gegen "staatsfeindliche Terroristen" mit Hilfe von Sondergesetzen einen verdeckten Krieg führt, der mit ihrer Gefangennahme in justitieller Form weitergeführt wird mit dem Ziel, den "Terrorismus" - wie der frühere Bundeskanzler Schmidt einst formulierte - "zu tilgen" oder, mit anderen Worten, den Gegner im verdeckten Krieg zu vernichten.

Daß seine Analyse des "Anti-Terror-Systems" zutrifft, weist Gössner mit wissenschaftlicher Akribie nach. Das von ihm beschriebene "Anti-Terror-System", das gegenüber seinen Gegnern die Funktion eines "Terror-Antiterrorsystems" hat, ist die exekutive, legislative und justitielle Ausgeburt eines staatlichen Strategiekonzepts, das sich zum Ziel gesetzt hat, jeden vom "präventiven Sicherheitsstaat" als gefährlich eingestuften politisch motivierten Widerstand schon im Keim und möglichst weit im Vorfeld zu ersticken.

Kernstück dieses strategischen Konzepts ist in Gössners Abhandlung das Sonderrecht, das in erster Linie an §129 a des Strafgesetzbuches über "terroristische Vereinigungen" anknüpft. Die Vorläufer dieser Strafvorschrift haben schon zur Zeit von Bismarcks "Sozialistengesetzen" als "Knüppel gegen Revolutionäre" gedient. Alle Bestandteile des Sonderrechts ranken sich heute um §129 a als zentraler Vorschrift im "Anti-Terror-System": von der Regelung des Verteidigerausschlusses bis hin zur richterlichen Lektüre der Verteidigerpost, vom Wegfall der Haftgründe bis hin zur Trennscheibe für Verteidigerbesuche, von der Isolationshaft innerhalb der Gefängnisse zur Totalisation auch nach außen - einschließlich Verteidiger - nach dem Kontaktsperregesetz.

Gössner liest sich spannend. Durch seine klare und verständliche Darstellung vermittelt er auch jenen, die das "Anti-Terror-System" dieses Staates bisher nur wenig oder gar nicht kennengelernt haben, einen hervorragenden Einblick in Strukturen, Funktionsweise und Zweck eines staatlichen Kampfinstruments, das gemeinhin unter dem ideologischen Schlagwort der "Terrorismusbekämpfung" bekannt ist.

Der Autor weist nach, wie die sondergesetzliche Möglichkeit der Raster- und Schleppnetzfahndung zur massenhaften Erfassung von Personen führt, die am Konflikt zwischen Staat und Widerstandspotential völlig unbeteiligt sind. Die Bestandsaufnahme Gössners über den Realitätsgehalt der "terroristischen Bedrohung" ist durch ihren nüchternen Faktenreichtum entlarvend. Seine mit Tatsachen und Dokumenten belegte Beschreibung von Geheimaktionen der Staatsschutzbehörden wirkt durch deren Agieren in der rechtsfreien Zone geheimdienstlicher Manöver beklemmend und muß erneut die Frage aufwerfen, was in der Nacht von Mogadischu und während der gesamten Schleyer-Entführung in Stammheim tatsächlich vor sich ging.

Gössners Band 2 über das "Anti-Terror-System" kann schon heute als analytisches Standardwerk gelten, an dem niemand vorbeikommt, der sich mit der BRD als "präventivem Sicherheitsstaat" befaßt. Gössners Buch ist zugleich das unerläßliche Bindeglied zwischen Hannovers "Terroristenprozesse" und dem dritten Band des Gesamtwerks.

Margot Overaths Band 3 "Drachenzähne" ist die notwendige Ergänzung zu Hannovers Anklage gegen die politische Justiz und zu Gössners Analyse des präventiven Sicherheitsstaates.

Die Autorin beleuchtet einen Ausschnitt aus dem dunkelsten Kapitel des "Anti-Terror-Systems": der Hochsicherheitsjustiz vor, während und nach den Prozessen, die menschenvernichtenden Haftbedingungen eingeschlossen. Gespräche der Autorin mit gefangenen "Terroristen", die sich dem Abschwörungsritual verweigern, wurden von den Justizbehörden verweigert oder von Bedingungen abhängig gemacht, die ein einigermaßen freies Gespräch unmöglich machten.

Aber auch die Gespräche, die Margot Overath mit ehemals Militanten geführt hat, die sich aus politischen Gründen vom bewaffneten Kampf losgesagt haben, vermitteln gerade wegen der inneren Distanz der früheren Akteure ein nachhaltigen Eindruck davon, welche Funktion politischer Justiz im präventiven Sicherheitsstaat des Anti-Terrorsystems der BRD zukommt.

Hannover/Gössner/Overath, Terroristen & Richter, VSA-Verlag, Hamburg 1991, 3 Bände DM 129,40.

C. Otto

Kühnen in Kassel beigesetzt

Noch einige Zeit nach dem Urnenbegräbnis auf dem Kasseler Westfriedhof dürften die Abdrücke von Doc Martens und Bundeswehrstiefel die Grabstelle säumen. Sie stammten von einer rund 120 Köpfe zählenden Trauergemeinde, die sich dort am 3. Januar versammelt hatte, um die Asche ihres im Vorjahr in Kassel verstorbenen Führers **Michael Kühnen** zu bestatten. Gegen den Aufmarsch dieser Leute mit dem schweren Schuhwerk demonstrierten zahlreiche AntifaschistInnen, die damit einem Aufruf der Antifaschistischen Aktion gefolgt waren.

Während sich vor dem Friedhofshaupttor rund 250 DemonstrantInnen sammelten, sperrten kurz nach 10 Uhr die Ordnungshüter den Eingang und die Zufahrten zum angrenzenden Parkplatz ab.

Zu ersten Auseinandersetzung kam es, als die AntifaschistInnen versuchten, eine Gruppe von Faschisten daran zu hindern, den Friedhof zu betreten. Der Versuch scheiterte u.a. daran, daß die Polizei Hunde gegen beteiligte und unbeteiligte DemonstrantInnen hetzte. Zwei Menschen wurden erheblich verletzt..

Kurze Zeit später leitete die Polizei einen Autokonvoi mit annähernd 50 Faschisten auf den Parkplatz am Haupteingang. Ungefähr 40 Faschisten gruppierten sich zu einer Art Kampfformation vor dem Tor, wo sie bis zum Begräbnis, ohne anzugreifen, stehenblieben.

Einen solchen Angriff erlebten jedoch zwei Radfahrerinnen die gegen 12 Uhr durch acht Neonazis von ihren Fahrrädern gestossen wurden. Unmittelbar nach diesem Vorfall begann Kühnens Beisetzung auf dem Urnenfeld des Friedhofs.

Nacheinander traten die Kühnen-Kameraden an das Grab. Das Abschiednehmen endete gelegentlich mit dem sogenannten "Deutschen Gruß".

Unter den angereisten Neonazis befanden sich auch Kühnens Nachfolger in der Führung der weitverzweigten "Gesinnungsgemeinschaft": **Christian Worch** (Hamburg), Kühnen schon seit den Tagen der verbotenen ANS/NA verbunden, Kader der "Nationalen Liste" (NL) und Herausgeber der ihr nahestehenden Zeitschrift "Index"; **Arnulf W. Priem** (Berlin), vormaliger Führer der "Kampfgruppe Priem", die 1977 Teil der verbotenen NSDAP/AO wa, Leiter der Nazi-Motorradclique "Wotans Volk"; **Gottfried Küssel** (Wien), nach dem Begräbnis in seiner Heimatstadt festgenommener Führer der österreichischen "Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition" (VAPO) sowie "Bereichsleiter Ostmark" der "Deutschen Alternative" (DA) und **Heinz Reisz** (Langen) noch(?) FAP-Vorsitzender von Hessen.

Weiterhin waren anwesend: **Günter Reintaler**, VAPO-Funktionär; **Otto Riehs**, FAP-Kandidat zu den Europawahlen 1989 und Ritterkreuzträger; **Peter Boche**, Ex-Vorstandsmitglied der Berliner "Republikaner", **Thomas Wulff** ("Steiner"), ehemals Sektionsleiter Nord des aufgelösten Komitees zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers" (KAH) und heute Mitglied der Führung der NL, **Oliver Schweigert**, NL und natürlich Kühnens "Lebensgefährtin" **Esther Wohlschläger**, die sich bezeichnenderweise nicht mehr Esther, sondern Lisa rufen läßt.

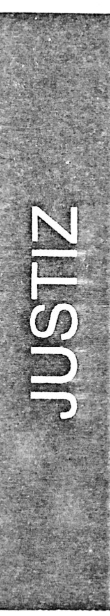
Sie alle wurden auf Zelluloid gebannt von dem Betreiber der rechten Filmagentur "Videodal", **Theodor Kotzenbauer**, ein kleiner Mann mit Brille, der zuvor schon unbehelligt "Feindaufklärung" in der Menge der AntifaschistInnen betrieben hatte.

Während des Begräbniszeremoniells war es zu einer weiteren Auseinandersetzung zwischen AntifaschistInnen und Polizei gekommen. Einer Beschreibung des Vorfalls zufolge hatte sich eine Gruppe von DemonstrationsteilnehmerInnen dem Friedhofszaun genähert, um einen Überblick auf das Geschehen dort zu bekommen. Ein Hundführer der Polizei jagte daraufhin - ohne ersichtlichen Grund - seinen Hund "auf einen Demonstranten. Der Hund biß sich im Bein fest und schleppte den Demoteilnehmer rückwärts. Während jener versuchte, das Maul des Hundes aufzubekommen, prügelte die Polizei weiter auf ihn ein. Die Polizei ließ den heftig Blutenden am Straßenrand liegen, wo Antifas erste Hilfe leisteten... Bis die Polizei einen Rettungswagen alarmierte, vergingen ca. 15 Minuten."

Inzwischen war die Urne zur vorerst letzten Ruhe gebettet worden - die Anhänger Kühnens wollen gerichtlich erzwingen, daß sie in der hessischen Stadt Langen beigesetzt wird - und die Neonazis versuchten, den Friedhof zu verlassen, um zu ihren Fahrzeugen zurückzukehren. Auf einem nahegelegenen Wiesengrundstück kam es dabei zu massiven Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Günter Reintaler durch einen Steinwurf am Kopf und ein unbekannter Neonazi durch einen rückwärtigen Messerstich ins Bein schwer verletzt wurden.

Ein heftiger Wortwechsel zwischen dem Einsatzleiter der Polizei, Blecha und den Neonazis Küssel und Worch folgten. Die beiden Politkriminellen warfen der Einsatzleitung vor, daß zum Schutz ihrer Kameraden getroffene Vereinbarungen nicht eingehalten worden wären und daß die Polizei unfähig sei, die Situation zu meistern. Der Streit wird möglicherweise vor Gericht fortgesetzt werden, da Worch die Kasseler Polizei wegen Strafvereitelung im Amt angezeigt hat.

Obwohl zu diesem Zeitpunkt viele Faschisten noch mit schweren Holzstangen und Steinen bewaffnet waren, verfassungswidrige Abzeichen in großer Zahl getragen wurden und für einen der Gesprächspartner des Einsatzleiters, nämlich Küssel, seit dem 15.5.1991 ein Einreiseverbot für die Bundesrepublik bestand, blieben Verhaftungen von Nazis aus. Vielmehr wurden die Faschisten, nachdem diese ihre Waffen abgelegt hatten, unter den Schutz der Polizei gestellt. Eskortiert von Polizeibeamten gelangten sie nun zum zentralen Parkplatz zurück und fuhren zum Leichenschmaus nach Rommerode (Werra-Meißner-Kreis) in die Gaststätte "Körner" fuhren.



BUCHBESPRECHUNG

Nach Hitler. Nach Honnecker

Dieses jüngste Buch des Konservatismusforschers Prof. Dr. Ludwig Elm ist eine wichtige Bestandsaufnahme der historischen und aktuellen deutsch-deutschen politischen Situation.

Der "archaischen Verhaltensregel", dem Verlierer nur die "Demutsgebärde" zuzugestehen, nicht aber die Argumentation, unterwirft sich der Autor (zu Recht) nicht.

Den Anfang bildet ein kurzer Abriß der Kontinuität deutscher Geschichte die zu den planmäßigen Massenverbrechen der Nationalsozialisten führte, die "... zu einem Bezugspunkt und Prüfstein deutscher und europäischer Politik (wurden), der seine hartnäckige und unausrottbare Allgegenwärtigkeit ... bis heute beweist und bis weit ins nächste Jahrhundert behalten wird.

Scheint sich doch die Wiedervereinigung für bestimmte Kreise geradezu als Anlaß anzubieten, den NS endgültig zu verdrängen. Dies spiegelt sich u.a. im Einigungsvertrag wider, der keine unmißverständliche Aussage zur Verantwortung des deutschen Volkes für Aufkommen und Verbrechen des Nationalsozialismus enthält, wohl aber eine Präambel, die das "Bewußtsein der Kontinuität deutscher Geschichte hervorhebt (S. 19 a.a.O.)

"Die Verweigerung der eingeforderten historisch-politischen Positionsbestimmung ist durch nichts zu rechtfertigen und sollte nicht verharmlost werden." (S. 19 f a.a.O.)

Statt der notwendigen Geschichtsaufarbeitung wird deshalb eine Aufwärmung der "Totalitarismustheorie" (die schon durch den "Historikerstreit" wiederbelebt werden sollte) betrieben, die bekanntlich schon immer von der Vernachlässigung der fundamentalen Unterschiede von Stalinismus und Nationalsozialismus lebte. Ihre Scheinanalogien eignen sich gut, bloße Äußerlichkeiten für die konstitutiven Merkmale auszugeben. Dazu kommt derzeit eine Vorliebe dafür, sie auch noch auf den "Realsozialismus" der DDR auszudehnen.

"Es ist heute Markenzeichen der Konzeption, die DDR als Subjekt der deutschen und internationalen Politik möglichst total herabzusetzen und zu kriminalisieren."(S. 34 f. a.a.O.)

Diesen Praktiken setzt Ludwig Elm eine detaillierte und fundierte Schilderung der Nachkriegsentwicklung der Gesellschaften in Deutschland West und Ost, sowie eine Darstellung des Umgangs hüben und drüben mit Schuld und Verdrängung in Wissenschaft und Politik, entgegen. Auf der einen Seite war diese gekennzeichnet durch eine personelle und inhaltliche Kontinuität in allen gesellschaftlichen Machtsphären und auf der anderen durch "verordneten Antifaschismus" und Erstarrung.

Das Schlußkapitel des Buches enthält einen Ausblick auf die Zukunft, der wenig Gutes verheißt.

"Die Geschichte des konservativen Denkens und des Bemühens um die Erneuerung des Nationalismus schloß stets die Anfechtung des antifaschistischen Geschichtsbildes" mit ein. (S. 182 a.a.O.)

Da Antifaschismus gegenüber Machtpolitik und Militärgewalt Ablehnung zeigt und sich an übergreifenden humanistischen Kriterien orientiert, wird er "...als hinderlich, für die außenpolitische Neuorientierung der vergrößerten Bundesrepublik Deutschland angesehen." (S. 183 a.a.O.)

Da der Autor nicht für sich in Anspruch nimmt, mehr als eine Bestandsaufnahme zu leisten, stehen am Ende mehr Fragen als Antworten. Ein wichtiges Buch, das auch Anregung zur Weiterarbeit sein soll.

Ludwig Elm: Nach Hitler. Nach Honecker. Dietz Verlag, Berlin 1991. Preis: 17,00 DM